SABOTAGE

Antifaschistisches Bildungs-
Nr.: 0670017787

kostenlos im Rhein-Neckar-Raum!

BEWEGUNGSMELDER
FÜR FUNDAMENTALE KRITIK
AN DEN BESTEHENDEN VERHÄLTNISSEN

Nr. 40

04/99
5. Jahrgang

Burschenschafter entsorgen!

SCHLUSS MIT DEM NATO-KRIEG GEGEN JUGOSLAWIEN • ZUSAMMEN KÄMPFEN! - ZUSAMMEN FEIERN! AM 30. APRIL IN HEIDELBERG • IG FARBEN ZERSCHLAGEN • PROGRAMM DES JUZ MANNHEIM

Preface

Auch wenn der März aus politischem Blickwinkel sicherlich ein äußerst ereignisreicher Monat war, der allerhand zu bieten hatte, so dürfte doch klar sein, daß auch für uns die NATO-Bombardierung Jugoslawiens *das* Hauptthema war und ist: Am 24. März hat die imperialistische North Atlantic Treaty Organization einen Angriffskrieg gegen Jugoslawien begonnen, der bereits jetzt viele Menschenleben gefordert, die Repression gegen die Belgrader Opposition verschärft und zu einem leidvollen Flüchtlingsdrama im Kosovo geführt hat. „Die[se] humanitäre Katastrophe, die durch den Einsatz der NATO angeblich verhindert werden sollte, findet nun *wegen* und nicht trotz des NATO-Angriffs statt." (*aus der Beilage „*Nein zu Bomben, Krieg, Vertreibung!*" zur* **Graswurzelrevolution** *Nr. 238, April 1999*) Wir haben uns nach längerer Überlegung dazu entschlossen, einen ausführlicheren Einleitungstext zu jenem Flugblatt zu schreiben, zu dessen Veröffentlichung wir uns anläßlich dieses Krieges „durchgerungen" haben. „Durchgerungen" deshalb, weil wir angesichts der herrschenden Diffusion innerhalb der (radikalen) Linken von der quälenden Unübersichtlichkeit fast aufgefressen worden wären. Die bei Antikriegsaktionen zum Tragen kommenden, link(sradikal)en „Lösungsangebote" des Konflikts reichten nämlich - zumindest hier in Heidelberg - von einer Spendenkampagne *„für die serbische Flak"* über die Einforderung eines „radikalen" Verfassungspatriotismus' bis hin zum totalen, alles verneinen-

Inhaltsverzeichnis:

repression

Hausdurchsuchungen in Heidelberg 5

internationales

Schluß mit der NATO-Kriegspolitik! 6

antistaatlich-antikapitalistisch

Nie Wieder! - Kein Neuanfang für die I.G. Farben 12

Freut euch des Lebens: Revolutionäre 1. Mai-Demonstration in Mannheim 16

politische gefangene

Tschechischer Anarchosyndikalist in Haft! 18

zentren häuser wagenplätze

Solidarität mit der Villa Amalias in Athen! 19

Ersatzobjekt für die Südanlage 20 in Gießen muß her! 20

anti-akw-bewegung

Frühjahrskonferenz der Anti-AKW-Bewegung in Heidelberg 22

antifa

Zusammen kämpfen! - Zusammen feiern! am 30. April in Heidelberg 23

Antifaschistischer Rückblick März 26

sonstige sabotage

Aktionstag gegen Coburger Convent und Repression in Coburg und überall 30

Demos & Veranstaltungen 32

selbstverwaltet -antifaschistisch

Das JUZ Mannheim in Selbstverwaltung „Friedrich Dürr" im April/Mai 39

den Antinationalismus. Das von uns letzten Endes Abgedruckte reicht aber, um euch ein relativ stimmiges Bild davon zu vermitteln, welche Hintergründe dieser Konflikt hat und zu was er noch führen kann/soll. Außerdem hielten wir es für angebracht, auf den Disput hinzuweisen, der unter den InitiatorInnen der Heidelberger Anti-NATO-Kriegskundgebungen und -demonstrationen an der Frage ausgebrochen ist, ob denn bei diesen Aktionen serbischer Nationalismus und sexistische/rassistische/antisemitische Sprechchöre zu dulden seien - oder eben nicht. Zu diesem Zweck haben wir die Distanzierung *jener* Seite abgedruckt, an deren diskursivem Verhalten wir vielleicht Kritik üben, denen wir aber in bezug auf ihre politische Forderungen auf jeden Fall näher stehen.

"Grundlegendes Wahrnehmungs- und Handlungsmuster in der Dominanzkultur ist das der Gruppenbildung durch Zuschreibung und damit einhergehender Hierarchisierung. Die Zuschreibungen und Hierarchisierungen erfolgen anhand unterschiedlicher sozialer, biologischer oder kultureller Merkmale und Unterscheidungen wie etwa Geschlecht, Hautfarbe, sexuelle Orientierung oder Glaubenszugehörigkeit. Diese Merkmale werden nicht nur zur Unterscheidung von Menschen herangezogen, sondern sind gleichzeitig mit gesellschaftlichen Machtpositionen, Partizipationschancen und dem Zugang zu Ressourcen verbunden. Mit der Unterscheidung wird bereits die Hierarchisierung mit vollzogen. In diesem Prozeß sind diejenigen dominant, die Zuschreibungen vornehmen, ihre Position als Normalität setzen können und damit zugleich alles andere als Abweichung definieren."

Katrin Kraus in *ak* 423

Impressum

SABOTAGE

erscheint monatlich, Auflage 600 St.
Redaktionsschluß ist jeweils der 20. des Vormonats!

Die *Sabotage* ist erhältlich bei:
Antiquariat Schöbel & Kube HD, Comeback MA, Copy Corner HD, Crazy Diamond HD, Der Andere Buchladen MA, JUMP Walldorf, ExLibris HD, JUZ MA, LP HD, Neckarpark MA, Nosferatu MA, Schwarzwurzel LU, Stoffwechsel MA oder im
Abonnement: für 5/10 Ausgaben 10/20,- DM in Scheinen oder Briefmarken an die Redaktionsanschrift oder im
Internet:
http://www.autonomes-zentrum.org/sabotage/

HERAUSGEBER:
Autonomes Redaktionskollektiv HD

Redaktionsanschrift:
Sabotage
Postfach 104520
69035 Heidelberg
Fax: (0 62 21) 2 26 52
e-mail: sabo@autonomes-zentrum.org

Namentlich gekennzeichnete Artikel stehen unter der Verantwortlichkeit der VerfasserInnen und geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Das **Redaktionskollektiv** entscheidet über Inhalt und Form der Zeitung. Zusendung von Artikeln ist erwünscht. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht. Zu den letztendlich abgedruckten redaktionsexternen Texten steht es in einem kritisch-solidarischen Verhältnis. Der Abdruck erfolgt honorarfrei.
anti-copyright: Nachdruck von Texten ist unter Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars ausdrücklich erwünscht.

Inhalte: Die *Sabotage* will Informationen, Positionen und Diskurse veröffentlichen, die durch den bürgerlich-kapitalistischen Medienapparat nicht zugänglich werden. Sie will Menschen aus verschiedenen politischen Bereichen die Teilnahme an Diskussionsprozessen innerhalb der revolutionären Linken ermöglichen.

ViSdP: Kalle Blomquist
Landwehrstr. 1997
44577 Castrop-Rauxel

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitung der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Ansonsten haben wir - wie immer - versucht, einen möglichst umfassenden Überblick über alles zu liefern, was das linksradikale „Herz im Merz" hat höher schlagen lassen. Besonders gefreut haben wir uns über die Artikel, die uns aus dem „Ausland" (Tschechien, Griechenland) erreicht haben. Solltet ihr euch wundern, daß noch nichts über die Gipfel in Köln zu finden ist, dann liegt das daran, daß wir damit erst mit der nächsten Ausgabe an die Öffentlichkeit treten wollen, die spätestens Ende Mai erscheint. Um es aber noch mal ins Gedächtnis zu rufen: In Köln wird vom 3. bis 4. Juni 1999 unter deutschem Vorsitz der EU-Gipfel stattfinden; am 13. Juni 1999 sind die Wahlen zum Europaparlament; und vom 18. bis 20. Juni 1999 werden sich hier die Staats- und Regierungschefs der sieben (bzw. acht, wenn Rußland dazugezählt wird) größten Industriestaaten der Welt treffen. Die Stadt wird bereits jetzt zur repressiven Festung ausgebaut, die im Juni einem riesigen, streng bewachten, von „Unrat" befreiten Hochsicherheitstrakt gleichen wird. Die Vorbereitungen von Gegenaktivitäten laufen auf Hochtouren. In der nächsten *Sabo* wird klarer sein, wo wir uns eingebracht haben. Was wir auch nicht mehr hingekriegt haben, ist, uns um das *„Konzept für eine stadtbezogene Siemens-Boykott-Kampagne"* zu kümmern, die jetzt in Heidelberg anlaufen soll. Auch dazu mehr beim nächsten Mal. Und über die Zukunft eines neuen Autonomen Zentrums in Heidelberg gibt es auch nicht allzu viel Neues; die Verhandlungen über das Bahnbetriebswerk sind am Laufen, aber die letzten Unwägbarkeiten noch nicht überwunden. Auch da bleiben wir selbstverständlich am Ball.

Anstelle einer Widmung wollen wir an dieser Stelle auf zwei Veröffentlichungen hinweisen, die in letzter Zeit auf den Markt geworfen wurden: Zum einen auf die 28seitige, kostenlose Broschüre **„Ihre Lügen im Visier.** *»Das Projekt Infoladen«*", die im Vorwort als *„Gemeinschaftsproduktion eines mehr oder weniger regelmäßig zusammenkommenden Treffens regionaler Infoläden"* bezeichnet wird. Nach einem eher kurzen Einleitungstext mit dem Titel **„Infoläden**: *Weder eine neue Kaufhauskette noch subkulturelle Internet-Cafés"* stellen sich darin - auf durchaus unterschiedlichen Niveaus - sieben Infoläden aus Trier, Mannheim, Kaiserslautern, Aschaffenburg, Gießen, Rüsselsheim und Frankfurt vor. Abschließend wird das den Infoläden zugrundeliegende *„Konzept Gegenöffentlichkeit"* bearbeitet. Zum anderen auf die 99er Ausgabe der BUNTEN SEITEN, die dieses Mal satte 292 Seiten dick geworden sind. Ihr legt 30,- Scherben hin für einen (von der Monatszeitung für Selbstorganisation, CONTRASTE) herausgegebenen Reader unschätzbaren Werts: Er führt *„ca. 12.500 ausgewählte Anschriften aus der BRD, Schweiz, Österreich und im Anhang einen Überblick über Anschriften von Naturkostläden sowie internationale Anschriften"* auf. Dazu gibt es - als zusätzlichen Serviceteil- zum zweiten Mal den »Reader der Alternativmedien«. *„Dieser enthält alle uns derzeit bekannten alternativen und linken Zeitschriften mit Hinweisen auf Verbreitungsgrad, Erscheinungsweise, Seitenzahl, Preisen und thematischen Schwerpunkten bzw. Ansprüchen. Vorgestellt werden Zeitschriften aus der BRD, Schweiz, Österreich, Frankreich und International. Ein Überblick über linke Verlage, Freie Radios sowie über Video- und Filmgruppen ergänzen diesen Reader."* Selbstverständlich findet ihr in den BUNTEN SEITEN auch die *Sabotage*, nämlich auf der Seite 260 (allerdings mit der falschen email-Adresse; die richtige lautet: sabo@autonomes-zentrum.org).

In diesem Sinne
Autonomes Redaktionskollektiv

Hausdurchsuchungen in Heidelberg

Am Morgen des 02. März 1999 durchsuchten BeamtInnen des Heidelberger Staatsschutzdezernats zeitgleich zwei Wohngemeinschaften in Heidelberg.

Die Durchsuchungsbefehle galten drei Frauen, die etwa einen Monat zuvor nachts personenkontrolliert und dann nahezu zwei Stunden auf die Polizeidirektion HD in der Römerstraße mitgenommen worden waren. Damals wurden sie verdächtigt, an mehreren Häusern in der Umgebung die Parolen *„Kein Tag ohne Autonomes Zentrum"* und *„Kämpft für ein AZ"* gesprüht zu haben.

Die BeamtInnen, die laut Durchsuchungsbefehl *„Handschriftenvergleichsmaterial"* sowie *„weitere Farbsprühdosen"* auffinden sollten, beschlagnahmten unter anderem eine Schreibmaschine, diverse Aufkleber, eine Spraydose und Schulsachen der Beschuldigten sowie Kontoauszüge einer vom Beschluß nicht umfaßten Person. Des weiteren überprüften sie zwei Computer und versuchten mehrfach, auch in den Privaträumen anderer WG-BewohnerInnen herumzuschnüffeln.

Nach Abschluß der Durchsuchungen wurden die drei Beschuldigten - voneinander getrennt - zur Polizeidirektion Heidelberg gebracht und dort erkennungsdienstlich behandelt.

Diese erneuten Hausdurchsuchungen sind eindeutig als repressive Schikane und Einschüchterungsversuch des Staatsschutzes zu bewerten, da bei den meisten der beschlagnahmten Gegenstände kein Zusammenhang zum konstruierten Tatvorwurf zu erkennen ist. Sie zeigen einmal mehr, daß den SchnüfflerInnen *alle* Mittel recht sind, um einen Einblick in die Szene um das ehemalige Autonome Zentrum HD zu erhalten, dessen Zukunft nach wie vor ungewiß ist.

Rote Hilfe e. V.
Ortsgruppe Heidelberg
Postfach 10 31 62
69021 Heidelberg
Fax: (0 62 21) 16 44 89

Schluß mit der NATO-Kriegspolitik!

Für uns als Redaktionskollektiv war es in den letzten vierzehn Tagen nach Ausbruch des NATO-Angriffskrieges gegen Jugoslawien äußerst schwierig, so etwas wie eine politische Linie in die thematische Ausrichtung link(sradikal)er „Gegen"aktivitäten zu bringen. Die Demos, Kundgebungen, Öffentlichkeitsarbeiten jener politischer Gruppen, die sich gegen *die völkerrechtsbrechende NATO-Aggression wandten, lassen sich maximal auf einen „gemeinsamen Nenner" hieven: nämlich* gegen *das (unter deutscher Beteiligung durchgeführte) NATO-Bombardement Jugoslawiens zu sein. Nahezu jeder politische Ansatz, der über diesen zunächst bewegungseinigenden, strömungsübergreifenden „Nenner" hinausschießt und die Frage stellt, wer oder was da mit welchen Mitteln wofür oder wogegen unterstützt wird, gelangt sehr schnell an seine eigenen Grenzen, an deren Festlegung andere mindestens* **mit***verantwortlich sind. Im Klartext heißt dies: Wenn es einzelnen politischen Gruppen, die sich an den Anti-NATO-Kriegsaktivitäten beteiligen, nicht „nur" um den global bedeutsamen Bruch der „Alten Weltordnung", den grundgesetz- und völkerrechtswidrigen Einsatz einer mörderischen Militärmaschinerie oder die Degradierung der Organisation der Vereinten Nationen zur Statistin, sondern* auch - *ganz allgemein - um die Entfaltung von Nationalismen, Rassismen, Antisemitismen in einem BürgerInnenkrieg geht, dann geraten diese unweigerlich mit jenen in einen Konflikt, deren Antiimperialismus vor solchen Überlegungen Halt macht. In Heidelberg hat genau dieser Zusammenhang zu einem politischen Eklat geführt, in dessen Folge sich die* **A***ntifaschistische* **J***ugend***a***ktion Heidelberg (AJA) und die* **G***ewaltfreie* **A***ktion Heidelberg (GA) aus dem zuvor gemeinsam auftretenden Anti-NATO-Kriegs-Bündnis ausgeklinkt und zu einer eigenen, täglichen Kundgebung aufgerufen haben.*

Wir sehen in der Sabo *davon ab, in diesem Zusammenhang zum wiederholten Male zu politischen Gemeinplätzen, zu denen wir die* konsequente *Ablehnung nationalistischer, rassistischer, antisemitischer Bestrebungen zählen, Stellung zu beziehen, weil dies an dieser Stelle nicht notwendig ist. Wir wollen nur ein paar Fragen und Anregungen in den politischen Raum werfen, in der Hoffnung, damit jene zu „treffen", die in ihrer vermeintlichen Konsequenz beim Durchpeitschen eigener politischer Ansätze die eigenen Widersprüche, die eigenen Ideologiefallen niederwalzen wollen. Zunächst einmal haben wir uns wieder einmal gefragt, was denn die (radikale) Linke immer noch von* dem *Land erwartet, dessen BürgerInnen sie sind oder in dem sie (zufällig) wohnen. Die BRD ist ein von Kapitalismen, Nationalismen, Rassismen, Sexismen und weiteren, sich gegenseitig bedingenden Unterdrückungsformen zusammengehaltenes Territorialsystem, das darüber hinaus seit langem wichtiger Militärverbündeter der NATO ist und in seiner politischen und personellen Kontinuität auf dem NS-Staat aufbaut. Und* diese *BRD, gegen die sich „unser" Engagement für eine bessere, gerechtere Welt richtet, deren Auflösung in eine herrschaftsfreie Gesellschaft wir anstreben, soll plötzlich „unsere" Hoffnungsträgerin werden, wenn es darum geht, den Militäreinsätzen der NATO, deren Mitglied sie seit über vierzig Jahren ist, Paroli zu bieten? Und was wäre „gewonnen", wenn sich eine ach so glorreiche BRD tatsächlich* nicht *an diesem Krieg, an dem sie sehr viele eigene Interessen hat, beteiligen würde? Dann wäre die Parole der KriegsgegnerInnen womöglich „nur" einzeilig, eben ohne den eigentlich unnötigen Zusatz „*Keine Bundeswehreinsätze! Weder in Kosovo noch sonstwo in der Welt!*".*

*Und was erwarten „wir" eigentlich von einem „Völkerrecht", das „*von Staaten als Subjekten ausgeht..., schon immer ein Ausdruck von Machtverhältnissen war*" und sowieso das Produkt eines weltpolitischen und globalökonomischen Ungleichgewichts und bestimmt* nicht *den verbindlichkeitsschaffenden Garanten für umfassende Menschenrechte darstellt? Wenn in antiimperialistischen Flugblättern Sätze zu lesen sind wie: „*Diesem Krieg fehlt jede Legitimation.*", dann fragen wir uns, was*

an diesem oder irgendeinem anderen Krieg, der in gar keinem Falle dazu dient, eine Gesellschaft in ihrer Gesamtheit zu „befreien", „besser" gewesen wäre, wenn er mit der Charta der Vereinten Nationen, mit den Resolutionen des UN-Sicherheitsrates vereinbar gewesen wäre. Wäre es dann *eine „humanitäre Intervention", eine „Friedensmission" gewesen, die auch über die Blut und Boden-Verfassung der BRD hätte gezogen werden können?*
Und um wessen *„Menschenrechte" geht es eigentlich? Etwa nur um die Rechte jener Menschen, die* nicht *durch das von metropolenzentristischen „deutschen" Privileglinken erarbeitete PC-Raster „fallen", also antinationalistisch, antikapitalistisch, antirassistisch, antisexistisch, antiimperialistisch sind, kein Fleisch essen, nicht zu McDonald's gehen und im Naturkostladen einkaufen? Oder ist „das" „Menschenrecht" etwa doch allgemein? Wenn ja, dann kommen auf „unsere" Demos eben auch Menschen, die die letzten 20 Jahre linksradikale Diskussion in der „aufgeklärten" BRD* nicht *mitbekommen, sich aber von den Parolen doch angesprochen gefühlt haben. Und immer, wenn „wir" hier in der BRD auf die Straße gehen, um* gegen *imperialistische Kriege zu demonstrieren, dann* ***positionieren*** *„wir" „uns". In diesem Falle sind „wir"* gegen *den NATO-Krieg in Jugoslawien - und damit, so könnte das mensch zumindest auslegen,* für *Serbien! (Weil, und da sind sich nahezu alle linken Flugblätter einig: Die Parzellierung des serbisch regierten Nationalstaates Jugoslawien ist Produkt westlicher Interventionspolitik, die dadurch eine* ***antiserbische*** *Stoßrichtung erhält.) Und daß dann Menschen mit „uns" auf die Straße gehen, die sich als SerbInnen definieren, braucht nicht zu verwundern. Und wenn diese Menschen dann gegen alles verstoßen, was für viele der hiesigen Linken bereits selbstverständlich ist, dann muß - selbstverständlich unter Klarstellung der eigenen Positionen - der Dialog* ***mit ihnen*** *gesucht werden. Eine Presseerklärung loszuschicken, die von einem bürgerlich-kapitalistischen Hetzblatt wie der Rhein-Neckar-Zeitung (RNZ) dazu instrumentalisiert werden* kann, *der eigenen antiserbischen Propaganda, die unter Zuhilfenahme rassistischer Konstruktionen auf die „gesamte serbische Volksgemeinschaft" übertragen wird, Ausdruck zu verleihen, ist unseres Erachtens eher kontraproduktiv. Vor allem dann, wenn der Artikel „*Völkerrecht wird Makulatur*" (RNZ vom 29.03.1999), in welchem die Distanzierung der „friedensbewegten Gruppierungen" von „allen »serbisch-na-*

*tionalistischen Parolen«" abgefeiert wird, in „bester" rassistischer Manier damit schließt, daß am „*Ende der Kundgebung ... zwei Teilnehmer festgenommen [wurden, was] ... jedoch nichts mit der Demonstration, sondern mit einem schon länger zurückliegenden Körperverletzungsdelikt zu tun*" hatte. „*Ein Opfer hatte die beiden erkannt.*" Es erübrigt sich eigentlich, darauf hinzuweisen, welche Suggestivkraft dieser Hinweis auf das „Opfer" entfalten soll, weil das dahinterstehende Muster so einfach gestrickt ist: „Serben = Täter/Kosovo-Albaner = Opfer).*

Um es noch einmal klar zu stellen: Hier geht es tatsächlich **nicht** *um einen (sozialrevolutionären, massenbewegten) Kampf/Krieg für die Befreiung einer unter dem Joch von Unterdrückung, Ausbeutung und Ausgrenzung leidenden Gesellschaft, sondern um einen „*Krieg zweier nationalistischer Parteien*", an dem unterschiedliche Mächte/(Kriegs)Parteien/Regime unterschiedliche Interessen haben. Und in der Beurteilung dieses Interesseknäuels liegt die primäre Aufgabe einer radikalen Linken, der es darum geht, Strategien zu entwickeln, die in eine emanzipative Umkrempelung unterdrückerischer Gesellschaften führen.*

*Wir haben uns nun gedacht, den (leicht überarbeiteten, gekürzten) Text „*Schluß mit der NATO-Kriegspolitik - Keine Bundeswehreinsätze! Weder in Kosovo noch sonstwo in der Welt!*" der Antifaschistischen Jugendaktion Heidelberg (AJA), Gewaltfreien Aktion Heidelberg (GA) und Redaktion Graswurzelrevolution Heidelberg abzudrucken, der als Flugblatt auf der letzten Anti-NATO-Kriegseinsatz-Demo in Heidelberg am 03.04.1999 verteilt wurde. (Auf dieser 100 Menschen-Demo waren erfreulicherweise* keine *serbischen Nationalsymboliken zu sehen und* keine *rassistischen oder sexistischen Parolen zu hören. Und die AJA trug wieder das Fronttranspi...) Aus unserem Anspruch heraus haben wir uns dafür entschieden, in den Text die kommentierte Distanzierung „*Kritik am serbischen Nationalismus auf der Kundgebung gegen den NATO-Krieg gegen Jugoslawien am 27.03.1999 in Heidelberg*" einzubauen, die die Sicht derer zu verdeutlichen versucht, die eine Zusammenarbeit mit „Antiimps" oder bestimmten „SerbInnen" unter bestimmten Bedingungen ablehnen.*

-Sabotage

»Die NATO führt momentan mit deutscher Beteiligung einen Angriffskrieg gegen Jugoslawien. Zum dritten Mal in diesem Jahrhundert greifen damit deutsche Truppen Serbien an. Vorwand des Angriffs sind die Menschenrechtsverletzungen im Kosovo, wobei in den Medien der Schein erweckt wird, es seien ausschließlich serbische Truppen, die schießen, und nur gegen die Zivilbevölkerung. Es geht hier nicht darum, den serbischen Nationalismus zu verteidigen; es muß aber doch klargestellt werden, daß es sich im Kosovo um einen BürgerInnenkrieg handelt. Die „Befreiungsbewegung" der Kosovo-AlbanerInnen, die UCK, kontrollierte zeitweise etwa die Hälfte des Kosovos, und da, wo sie die Macht hatten, vertrieben sie genauso die SerbInnen und vermeintliche KollaborateurInnen, wie andersherum. Es handelt sich bei dem Konflikt um einen Krieg zweier nationalistischer Parteien (Die UCK will ein Großalbanien, die meisten SerbInnen ein Großserbien). (...) In diesen Konflikt, in dem beide Kriegsparteien nicht für die Emanzipation der Menschen kämpfen, griff Deutschland von Anfang an auf Seiten der Kosovo-AlbanerInnen ein, die z. B. Waffen vom Bundesnachrichtendienst bekamen. Jugoslawien wurde von der Bundesregierung von vornherein als ein „Völkergefängnis" behandelt, und die deutsche Außenpolitik handelte nach der völkischen Devise: ein Volk ein Staat.

Militarisierung der deutschen Außenpolitik

Seit dem Anschluß der DDR an Deutschland ist Deutschland wieder eine Großmacht, die auch zunehmend wieder militärisch ihre Interessen durchsetzen will. Von Einsatz zu Einsatz pirschte

mensch sich an den Kampfeinsatz heran: Minensuchboote im persischen Golf, Sanitätseinsätze in Kambodscha (1992/93), Versorgungsflüge der Luftwaffe für Sarajewo (1992), Zerstörer in der Adria (ab 1992), logistischer Einsatz in Somalia (1993/94), AWACS-Flüge über bosnischem Luftraum (ab 1993) und schließlich Aufklärungsflugzeuge bei den NATO-Luftschlägen gegen serbische Stellungen in Bosnien (1995). Und jetzt erstmals richtige Kampftornados und vielleicht schon bald Bodentruppen im Kosovo.

Die Bundeswehr ist mittlerweile zu einer modernen Interventionsarmee umgerüstet. Die deutschen Krisenreaktionskräfte sollen *„das gesamte Spektrum möglicher Einsätze abdecken, von der modernen Guerilla-Kriegsführung bis zum Einsatz gegen hochwertig ausgerüstete Streitkräfte"*, heißt es im Weißbuch der Bundeswehr (1994). Das Ziel der Militarisierung der deutschen Außenpolitik ist laut Verteidigungspolitischer Richtlinien (1992) die *„Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt"*. Dieses Ziel mag zwar im Kosovo, wo es keine Rohstoffe gibt, noch keine Rolle spielen (Das Interesse liegt wohl eher

Kritik am serbischen Nationalismus auf der Kundgebung gegen den NATO-Krieg gegen Jugoslawien am 27.03.1999 in Heidelberg

»Seit Beginn der Nato-Luftschläge gegen Jugoslawien findet täglich eine Antikriegskundgebung in der Hauptstraße statt. Am Samstag, dem 27.3.99 fand außerdem eine Demonstration unter dem Motto *„Deutscher Imperialismus hat Tradition! - Kampf der Remilitarisierung der Außenpolitik!"* statt. *[Zu dieser Demo waren etwa 150 Menschen gekommen, Anm. d. Red.]* Auf diesen Kundgebungen und der Demo waren auch zahlreiche serbische NationalistInnen. Es wurden Parolen wie *„Kosovo ist Serbia"*, *„UCK, SA, SS"* oder *„NATO Nazi"* gerufen und zahlreiche serbische Nationalflaggen geschwenkt. Auf einem Schild stand *„Ich bin stolz, ein Serbe zu sein"*, auf einem anderen *„Clinton, fuck Monica not Europe"*. Einmal rief eine nationalistische Serbin sogar *„Albright, du jüdische Kobra"*. Nachdem folgende Distanzierung von derlei Auswüchsen vorgelesen wurde, kam es zum offenen Eklat zwischen VertreterInnen der Antiimpszene und den SerbInnen einerseits und den VertreterInnen der Antifaschistischen Jugendaktion Heidelberg (AJA) und der Gewaltfreien Aktion (GA) andererseits, wobei der Rednerin das Megaphon weggerissen wurde. Die AJA und die GA rufen seitdem zu einer zweiten Kundgebung auf. [Die Distanzierung lautet im Wortlaut wie folgt:] *Wenn wir hier heute gegen den NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien demonstrieren, dann deshalb, weil dieser Krieg - ebenso wie die bisherige deutsche Balkanpolitik - den Kosovo-Konflikt weiter eskaliert. Wir demonstrieren nicht gegen die Intervention, weil wir etwa für das serbische Regime sind. Dieses Regime führt einen blutigen Krieg gegen die SezessionistInnen im Kosovo und ist verantwortlich für eine rassistische Ausgrenzungspolitik gegenüber AlbanerInnen. Ebenso wie den serbischen Nationalismus verurteilen wir den der Kosovo-AlbanerInnen, insbesondere den der UCK. Der Kampf der Kosovo-AlbanerInnen geht nicht um Emanzipation der Menschen oder um eine bessere soziale Situation, sondern nur um einen neuen, potentiell ebenso repressiven großalbanischen Staat. Wir distanzieren uns deshalb hier noch einmal ausdrücklich von jedem Nationalismus, sei es ein deutscher, ein albanischer oder nicht zuletzt eben auch ein serbischer. Das Mitführen nationalistischer Symbole, wie Nationalfahnen, oder das Rufen proserbischer Sprüche ist von uns nicht erwünscht. Ebenso distanzieren wir uns von geschichtsrevisionistischen und antisemitischen Parolen. Der Kampf um die Befreiung der Menschen von Kapitalismus und Krieg kann nur antinational sein!«*

Antifaschistische Jugendaktion Heidelberg (AJA) und Gewaltfreie Aktion (GA)

an der Kontrolle über die Flüchtlinge da, wo sie potentiell herkommen.), aber es könnte eines der zukünftigen Ziele der Bundeswehr sein, etwa im Kaukasus oder sonstwo in der Welt.

Hintergründe zum Jugoslawienkonflikt Zusammenbruch...

Nach dem Zusammenbruch der nominalkommunistischen Modernisierungsregimes des ehemaligen Ostblocks setzte in Jugoslawien eine „Rette sich wer kann" - Stimmung ein. In allen Teilen des einst durch Tito zusammengehaltenen Landes gab es eine Renaissance des Nationalismus: Die BewohnerInnen definierten sich plötzlich wieder als SerbInnen, KroatInnen, MuslimInnen, SlowenInnen, oder als AlbanerInnen. Während der serbische Nationalismus weiterhin auf einen einheitlichen Nationalstaat bestand, weil die Provinz Serbien durch die innerjugoslawischen Transferzahlungen aus dem reicheren Norden des Landes (Kroatien und Slowenien) profitierten, setzte eben dieser Norden auf Unabhängigkeit, in der trügerischen Hoffnung, durch die Abtrennung vom armen Süden wenigstens als Billiglohnstandort für die EU fungieren zu können, und so nicht völlig zu verelenden. Folgerichtig brach nach der einseitigen Loslösung Kroatiens und Sloweniens ein blutiger BürgerInnenkrieg aus, der - verschärft durch die Anerkennungspolitik der BRD - schnell auf Bosnien übergriff. Dieser BürgerInnenkrieg ist derzeit nur durch den brüchigen „Frieden" von Dayton beendigt und kann jederzeit wieder aufflammen.

...Jugoslawiens

Momentan geht die Parzellierung Jugoslawiens im Kosovo weiter, dem absoluten Armenhaus Jugoslawiens, in dem sich 90% der Menschen als AlbanerInnen definieren. Die Politik der serbischen Regierung spricht dort seit der Aufhebung des Autonomiestatus' 1989 eine eindeutige Sprache. Mit der Entlassung aller albanischen SchullehrerInnen, PolizistInnen und ÄrztInnen, mit der Schließung der Universitäten für AlbanerInnen hat Belgrad ein Segregationssystem errichtet, in dem die AlbanerInnen nicht einmal als billige Arbeitskräfte von Interesse sind. Als Folge davon entstand im Kosovo ein „Pseudostaatswesen" mit einem rudimentären Schul- und Gesundheitssystem und einer eher auf Freiwilligkeit beruhenden, dreiprozentigen Steuer. Ein Repressionsapparat fehlte aber. Die Ökonomie des Kosovos löste sich nach dem Kollaps der jugoslawischen Wirtschaft in eine Mischung aus Subsistenz- und „Mafia"wirtschaft auf. Verschärft wurde diese Situation durch die Tatsache, daß die Transferleistungen aus dem Norden durch deren Sezession versiegten. Ein derart seltsames System von Doppelstaatlichkeit mußte über kurz oder lang zu einem Konflikt führen: Wo zwei Zentren von Staatlichkeit darauf Anspruch erheben, auf demselben Territorium und gegenüber derselben Bevölkerung zu herrschen, da ist ein Showdown im Prinzip unvermeidlich. Dies liegt im Wesen jeder Staatlichkeit, und dazu bekennen sich beide Konfliktparteien. Da? es nicht schon viel früher zu einem BürgerInnenkrieg kam, liegt wohl daran, daß der inoffizielle Chef der „Kosovo-AlbanerInnen", Rugova, durch den Verzicht auf Repressionsmittel, seine Ambitionen zurückschraubte und auch Belgrad - trotz des offiziellen Anspruchs, den Kosovo als Bestandteil Jugoslawiens zu behandeln - keineswegs versuchte, diese Region und ihre BewohnerInnen in die serbische Gesellschaft zu integrieren. Außerdem hätte die bewaffnete Sezession keinerlei Aussichten gehabt, da die jugoslawisch-serbische Armee der UCK hoffnungslos überlegen war.

Rolle Deutschlands bei der Eskalation des Konflikts

Dies änderte sich aber durch zwei Tatsachen:

1. Seit der Revolte im benachbarten Albanien Anfang 1997, in deren Gefolge die Waffenlager der albanischen Armee leergeräumt wurden, dürfte das Ausrüstungsniveau der UCK sprunghaft angestiegen sein.

2. Die Sache der Kosovo-AlbanerInnen hatte eine Bündnispartnerin gefunden: die BRD. An-

fang 1998 hatte der damalige Außenminister Kinkel mit seiner Aussage, *„das internationale Scheinwerferlicht ist jetzt auf den Kosovo gerichtet"*, signalisiert, daß der Zeitpunkt zum Angriff richtig sei. So geschah es dann auch: Die UCK fing mit punktuellen Anschlägen auf serbische Polizisten an, die serbische Führung zum Eingreifen zu reizen. (...). Das ARD-Fernsehmagazin *Monitor* deckte auf, daß deutsche Geheimdienste (MAD, BND) über den albanischen Geheimdienst Waffen - Restbestände der NVA - an die UCK lieferten. Die englische Wochenzeitung „The European" schrieb schon Ende September 1997, daß *„der zivile und militärische Geheimdienst in die Ausbildung und Bewaffnung der Rebellen verwickelt ist, um den deutschen Einfluß auf dem Balkan zu zementieren und das Flüchtlingsproblem anzupacken"*. Deswegen sei es *zu „einem Bruch zwischen dem BND und der CIA gekommen"*, hieß es mit Bezug auf französische Diplomaten. Weiter schrieb die Zeitung: *„Die Entstehung der UCK im Jahr 1996 fiel mit der Ernennung von Hansjörg Geiger zum neuen BND-Chef zusammen. Einer seiner ersten operativen Beschlüsse war die Einrichtung einer der größten Regionalvertretungen des BND in Tirana... BND-Agenten arbeiten eng mit den Führern des Shik, des albanischen Geheimdienstes zusammen ... Die BND-Männer hatten die Aufgabe, Rekruten für die UCK-Kommandostruktur herauszusuchen."* Der Leiter des OSZE-Beobachterbüros an der Grenze zwischen Albanien und dem Kosovo entdeckte Ende Juni 1998 *„daß die UCK plötzlich uniformiert ist. Und zwar mit deutschen Feldanzügen"*.

Konflikte innerhalb der NATO

Anders als Deutschland, das die Kosovo-AlbanerInnen unterstützt, wollten die USA bisher eher den Status Quo sichern und gerieten dabei mehr als einmal mit Deutschland aneinander. Neben dem schon erwähnten Streit zwischen CIA und BND rügte z. B. der Chefunterhändler Holbrooke Deutschland, daß es nicht die albanischen Auslandskonten sperren läßt. Rühe beklagte sich dann auch öffentlich in der FAZ über die „Verschleppungstaktik" der USA: *„Es ist heuchlerisch, öffentlich militärisches Vorgehen im Kosovo zu fordern und hinter verschlossenen Türen in den NATO-Gremien zu verhindern, daß die dafür notwendigen Planungen vorgenommen werden dürfen"*. Warum die USA schließlich doch einlenkten und sogar die meisten Soldaten für den Angriff auf Jugoslawien stellten, ist noch unbekannt. Vielleicht wollten sie so verhindern, daß die EU zunehmend militärisch eigenständig von den USA werden. Konflikte zwischen den USA und England einerseits und dem Rest Europas andererseits zeigten sich schon bei der jüngsten Aggression gegen den Irak, als es die USA nicht mal für nötig befanden, ihre europäischen PartnerInnen einzubeziehen und lieber ohne NATO losschlugen.

Rolle der UNO

Wie schon im letzten Golfkrieg wurde der UN-Sicherheitsrat vollständig umgangen. Zunehmend wird das Völkerrecht, das entstanden ist, um kleinere Staaten vor der Willkür der größeren zu schützen, ausgehebelt. Es soll hier nicht das „Völkerrecht" verteidigt werden, da es von Staaten als Subjekten ausgeht, und weil auch dieses schon immer ein Ausdruck von Machtverhältnissen war und ist. (Im UN-Sicherheitsrat sitzen nur die Großmächte) Trotzdem birgt die zunehmende Entmachtung des „Völkerrechtes" Eskalationsgefahren, wenn zum Beispiel auch Rußland nach dem Völkerrechtsbruch der NATO damit droht, das Waffenembargo gegen Jugoslawien zu brechen - und damit gegen einen Beschluß des UN-Sicherheitsrats zu verstoßen. (...)«

Antifaschistische Jugendaktion HD (AJA), Gewaltfreie Aktion Heidelberg (GA) und Redaktion Graswurzelrevolution Heidelberg

Nie Wieder!

Kein Neuanfang für die IG FARBEN: Die „Mordgesellschaft" IG FARBEN sofort auflösen ZwangsarbeiterInnen endlich entschädigen!

Am 25. März 1999 fand im Frankfurter Stadtteil Bergen-Enkenheim die ordentliche Hauptversammlung der I. G. Farbenindustrie AG in Abwicklung für das Geschäftsjahr 1997 (!) statt. Nachdem ein breites Bündnis (u. a. Auschwitzkomitee in der BRD, Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten, Coordination gegen BAYER-Gefahren, Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation) die Aktionärsversammlung die letzten Jahre erfolgreich verhindern konnte, um so endlich die Auflösung des Konzerns zu erzwingen, stellte diesmal die Kapitalmetropole Frankfurt das Treffen unter ihren Schutz. Ein überzogen hohes Polizeiaufgebot - u. a. ein Wasserwerfer - schützte die BesitzerInnen der Blut-Aktien beim Betreten der Bergener Stadthalle vor den rund 250 GegendemonstrantInnen. Diese ließen die AktionärInnen fast ungehindert - abgesehen von ein paar Schubsern - in den Veranstaltungssaal. Deshalb ist das zu einem späteren Zeitpunkt aggressive Vorgehen der Polizei nicht zu erklären; bei Schlagstockeinsätzen und Angriffen mit der chemischen Keule wurden mehrere Menschen zum Teil schwer verletzt, mindestens zwei wurden festgenommen. Die Angriffe wurden so heftig, daß sich die Verantwortlichen der Kundgebung gezwungen sahen, diese bereits gegen 12.00 Uhr aufzulösen. Aber auch im Innern des Bunkers durften sich die Aktionäre nicht sicher fühlen. Einige Demonstranten gelangten in die Stadthalle, behinderten die Versammlung mit Sprechchören und entrollten Transparente. Daß der Handel mit den Völkermord-Aktien stinkt, wurde den AktionärInnen mit Stinkbomben verdeutlicht.

Peter Gingold (Pressesprecher der VVN/BdA) sprach in einem Redebeitrag davon, daß mensch die Versammlung sogar unterstützen würde, wenn die IG Farben in Abwicklung nur endlich ihrer Aufgabe gerecht werden würde, nämlich ihre Auflösung beschließen würde. Daß es bei dieser Versammlung auf gar keinen Fall so weit kommen würde, war eigentlich von vorneherein klar.

Unter Punkt fünf der Tagesordnung „Gründung einer Stiftung" heißt es dazu: „Liquidatoren und Aufsichtsrat schlagen vor, den Liquidatoren den Auftrag zur Vorbereitung der Gründung einer Stiftung zum Zwecke der Entschädigung von Opfern von I.G. Farben, der Aufarbeitung der Geschichte der I.G. Farben sowie ähnlicher Aktivitäten zu erteilen". Zustimmung erhielt dieser Vorschlag von keiner Seite. Vor allem die kritischen AktionärInnen und ehemalige ZwangsarbeiterInnen bezeichneten diesen Vorschlag als „Farce", da die Pläne für eine Stiftung unkonkret seien und weder einen Zeitplan für eine Auszahlung noch die Höhe der Stiftungseinlage enthielten. Ebenso würden die überlebenden ZwangsarbeiterInnen nicht in die Planung miteinbezogen.

I.G.-Farben-Überlebende demonstrieren vor der Hauptversammlung

Derzeit besitzt die I.G. Farben i. A. nach eigenen Angaben Vermögenswer-

te von 35,1 Millionen Mark, die sich nicht für Entschädigungszahlungen eignen, da es sich fast ausschließlich um heruntergekommene Immobilien handelt. Kurz vor Kriegsende wurde jedoch ein Großteil des Vermögens der I.G. Farben in die Schweiz gebracht, um es dem Zugriff der Alliierten zu entziehen. Mit Zinsen beläuft es sich inzwischen auf ca. 4,4 Milliarden Mark. Die Schweizer Großbank UBS, bei der das Geld gehortet wird, weigert sich jedoch, dieses zurückzuzahlen. Bei der Einrichtung eines Fonds und der konsequenten Entschädigung der heute noch lebenden ehemaligen ZwangsarbeiterInnen, wäre die UBS bestimmt eher dazu geneigt, das Vermögen zugänglich zu machen, wie bereits verlautbart wurde.
In der diesjährigen Aktionärsversammlung wurde dann doch die Einrichtung einer Stiftung zur Entschädigung der ehemaligen ZwangsarbeiterInnen im Laufe der nächsten drei Jahre beschlossen. Nach diesen drei Jahren werden wohl von den ohnehin schon wenigen Überlebenden der verbrecherischen Betriebspolitik der I.G. Farben noch weniger entschädigt werden müssen. Von Seiten der nach Kapitalmehrung strebenden AktionärInnen wird wohl darauf spekuliert, nicht alles Geld der Stiftung zuführen zu müssen, um dann mit dem Restvermögen weiter Gewinne erwirtschaften zu können. Damit wäre der Konzern in den Augen eben dieser KapitalistInnen seiner „historischen Verantwortung" gerecht geworden, könnte jedoch weiterhin mit den Blut-Aktien spekulieren.
Im folgenden erläutert euch das Flugblatt der Kampagne „Nie wieder!" die Rolle der I.G. Farben in Nazi-Deutschland und ihre zweifelhafte Geschichte bis heute. -Sabotage

Im Jahr 1948 standen die Verantwortlichen der IG FARBEN in Nürnberg vor einem internationalen Gericht. Die Anklagepunkte lauteten u. a. : Beteiligung an Vorbereitung und Durchführung des Angriffskriegs Nazi-Deutschlands, Sklaverei sowie Raub und Plünderung. Heute wollen die IG FARBEN einen „Neuanfang".

Verantwortung für Krieg und Naziverbrechen

Die IG FARBEN, der Zusammenschluß von AGFA, BASF, BAYER, HOECHST und einiger kleinerer deutscher Chemiefirmen, steht wie kaum ein anderer Konzern für die enge Verflechtung zwischen der deutschen Wirtschaft und dem nationalsozialistischen Terrorregime der Nazis. Die IG FARBEN profitierte von der Politik der NSDAP wie die Nazis von der Unterstützung der IG FARBEN profitierten. Die IG FARBEN war der größte Einzelfinanzier der NSDAP; baute maßgeblich Hitler auf, befürwortete ausdrücklich dessen Kriegspläne und schaffte mit ihren von Hitler persönlich gemachten Zusicherungen der Lieferung von Treibstoff, Munition etc. überhaupt erst die Möglichkeit für die Nazis, einen internationalen Krieg loszubrechen. Der Vorstand der IG Farben legte seine Interessen z. B. in einem Papier mit dem Titel „Neuordnung" nieder. Dort plante die IG FARBEN die (wirtschaftliche) Eroberung der Welt im Gefolge der nationalsozialistischen Heerscharen.

Die IG FARBEN mit ihren Niederlassungen, Töchtern und Verbindung in aller Welt, auch in den USA, verdiente an todbringenden Waffen, an Medikamenten für sterbende Soldaten und zivilen

Kriegsopfern, an der „Industrialisierung" des Völkermords in den Konzentrationslagern, an der massenhaften Versklavung von Häftlingen und „Feindbevölkerung" sowie an der Einverleibung aller nur irgend geeigneten „eroberten" Betriebe.

Perverse Verbrechen und Massenmord

In ihrer Profitgier hat die IG FARBEN perverse Verbrechen und Massenmord begangen. Der Konzern perfektionierte das von IG-FARBEN-Gründer Carl Duisberg bereits im Erstgen Weltkrieg „erfundene" System der Zwangsarbeit. In allen Werken des Konzerns wurden Abertausende von ArbeitssklavInnen bis zum Tod geknechtet. Mit dem Terrorinstrument der SS „gekaufte" Häftlinge wurden von den IG-FARBEN-Wissenschaftlern in grausamen „medizinischen" und anderen Versuchen bei vollem Bewußtsein zu Tode gequält. Der KZ-Arzt Mengele, der in berüchtigten Versuchen Häftlinge zu Tode brachte, wurde direkt von der IG FARBEN finanziert. Der Massenmord an der jüdischen Bevölkerung und an den Sinti und Roma wurde mit dem IG-FARBEN-Giftgas Zyklon B „perfektioniert". Im IG-FARBEN-eigenen KZ Auschwitz III Monowitz (IG Monowitz) uns seinen Nebenlagern fanden ca. 30 Tausend Häftlinge den Tod durch brutalste Ausbeutung.

IG Farben zerschlagen!

Milde Strafen im Zeichen des Kalten Krieges

Das Urteil für die Kriegsverbrecher der IG FARBEN vom 29. Juli 1948 entsprach in keinster Weise den Verbrechen: nach 152 Verhandlungstagen gab es nur Minimalstrafen für einige Angeklagte von bis zu acht Jahren Haft. Das Urteil stand im Zeichen des bereits ausgebrochenen Kalten Krieges. Die westlichen Alliierten hatten beschlossen, die alten Eliten zu rehabilitieren, um ein wirtschaftlich starkes Westdeutschland als „Bollwerk gegen den Kommunismus" aufbauen zu können. Die weiteren geplanten Prozesse gegen SIEMENS, KRUPP, DRESDNER BANK und DEUTSCHE BANK hätten geführt werden sollen, fanden aber nicht mehr statt. Bereits am 31. Januar 1951 wurden die noch in Haft befindlichen Manager und Direktoren der IG FARBEN begnadigt. Alle Konzernführer fanden sich in Westdeutschland in Top-Positionen wieder, viele bei den Nachfolgefirmen der IG FARBEN, bei BAYER, HOECHST und BASF. Selbst mit dem Bundesverdienstkreuz wurden IG-FARBEN-Verbrecher ausgezeichnet.

Weder Reue noch Einsicht

Die IG FARBEN müßten nach dem Urteil von 1948 seit spätestens 1953 aufgelöst sein. Aber die „Mordgesellschaft" existiert noch immer! Seit nunmehr fast 50 Jahren zieht sie noch immer Profite aus ihren in Reichsmark notierten Aktionen. Gleichzeitig verweigert sie - und mit ihr die anderen Nachfolgekonzerne BASF, BAYER und

Copy-Corner

Merianstr. 5
direkt in der Altstadt

Öffnungszeiten:
Mo - Fr 9.00 - 18.30
Do bis 20.00
Sa 9.00 - 14.00

Tel. 2 57 00

BUNTE SEITEN 1999
mit Reader der AlternativMedien

Die Neuauflage der BUNTEN SEITEN – Ausgabe 1999 – ist jetzt erschienen. Das Adreßverzeichnis mit 12.500 ausgewählten Adressen soll einen aktuellen Überblick über die momentan existierende alternative Projekte-, Initiativen- und Betriebelandschaft in der BRD, CH und A nebst internationaler Kontaktadressen geben.

Der Reader der AlternativMedien enthält 1.250 Zeitschriftentitel (hiervon 900 deutschsprachige) mit zahlreichen Hinweisen zu Schwerpunktthemen, Ansprüche, Verbreitungsgrad, Erscheinungsweise, Seitenzahl und Preis. Die aufgeführten Verlage enthalten z.T. auch Zusatzinfos über ihre Themenschwerpunkte. Desweiteren werden Video- & Filmgruppen und Freie Radios aufgeführt.

Als Service bietet CONTRASTE - Monatszeitung für Selbstorganisation und Herausgeberin der BUNTEN SEITEN ein bequemes Surfen durch den Mediendschungel mit 90 Links auf ihrer Website an: www.nadir.org/nadir/periodika/contraste

BUNTE SEITEN 1999

Projekte Initiativen & Betriebe mit Reader der Alternativ-Medien

Preis 30 DM + 4 DM Porto

Bestelladresse: CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

HOECHST - gerechte und angemessene Wiedergutmachung für die Opfer und Angehörigen der Opfer ihrer Terrortätigkeit in der Zeit des Hitlerfaschismus. Sie setzen darauf, daß bald niemand mehr lebt, der oder die Ansprüche stellen könnte.

Und heute?

Seien wir uns stets bewußt: Jede der IG-FARBEN-Firmen BASF, BAYER und HOECHST ist heute um ein Vielfaches mächtiger und gigantischer als die IG FARBEN seinerzeit. Die Profitgier der großen deutschen Konzerne und Banken hat bereits zweimal dazu beigetragen, die Welt innerhalb eines Jahrhunderts in Schutt und Asche zu legen. Die IG FARBEN hatte wesentlichen Anteil daran. Ohne Aufarbeitung der Vergangenheit besteht jederzeit die Gefahr einer Wiederholung.

Wir fordern:

Kein „Neuanfang" für die IG FARBEN! Die IG FARBEN i. A. muß ihre Geschäfte sofort beenden, der Handel mit diesen „Blut-Aktien" muß unterbunden werden. Die verantwortlichen Hintermänner des Hitlerfaschismus aus der Wirtschaft müssen ins Rampenlicht gestellt werden. Die IG-FARBEN-Firmen BASF, HOECHST und BAYER und die noch immer existierende IG FARBEN i. A. müssen mit ihrer Schuld konfrontiert werden. Die angemessene Entschädigung aller IG-FARBEN-ZwangsarbeiterInnen und ihrer Hinterbliebenen durch die IG FARBEN sowie die Nachfolgefirmen muß endlich erfolgen.

Die IG FARBEN und die Nachfolgefirmen müssen die Finanzierung und den Erhalt der IG FARBEN betreffenden Gedenkstätten Auschwitz und Schwarzenheide sicherstellen.

Die IG FARBEN und die Nachfolger müssen endlich freien Zugang zu ihren Archiven gewähren.

Pensionszahlungen an ehemalige IG-FARBEN-Verantwortliche müssen eingestellt werden.

Kampagne NIE WIEDER!

antistaatlich/antikapitalistisch

Freut euch des Lebens
Revolutionäre 1.Mai-Demonstration 1999 in Mannheim

Seit über 100 Jahren gibt es die Tradition, sich am 1. Mai gegen Ausbeutung und Unterdrückung zu wehren. Ausbeutung und Unterdrückung sind im kapitalistischen System nicht weniger geworden, sie haben nur ihre Formen geändert. Deswegen ist es heute immer noch wichtig, sich gegen sie zur Wehr zu setzen. Deswegen gehen wir an diesem Tag auf die Straße, aber nicht nur dann...

Menschenwürde statt Neoliberalismus

Die Unternehmengewinne explodieren, während gleichzeitig die Massenarbeitslosigkeit steigt. Mit den Begriffen „*Standort Deutschland*" und „*Bündnis für Arbeit*" soll suggeriert werden, daß wir mit den UnternehmerInnen alle in einem Boot sitzen. **Tun wir aber nicht!** Die letzten Jahre haben deutlich gezeigt, daß uns der Profit der Großindustrie keinerlei Nutzen bringt. Was wir brauchen, ist eine Politik, die sich an den Bedürfnissen aller Menschen orientiert und nicht an denen einer kleinen Minderheit. Das Recht auf ein menschenwürdiges Leben ist für uns der Maßstab, an dem wir uns orientieren. Das bedeutet, daß alle ein Anrecht auf eine Wohnung, auf ein Einkommen und auf die Befriedigung ihrer materiellen und kulturellen Bedürfnisse haben. Es ist genug Reichtum vorhanden, um allen Menschen auf diesem Planeten ein Leben ohne Armut, Krieg und Umweltzerstörung zu ermöglichen. Das neoliberale Projekt der EU geht in die entgegengesetzte Richtung. Überall in Europa werden heute die sozialen und Umweltstandards nach unten gefahren. Wer davon profitiert, sind die Reichen und Superreichen. **Wir dagegen wollen eine solidarische und menschenwürdige Gesellschaft mit gleichen Rechten und Lebenschancen für alle.**

Nulltoleranz der Ausgrenzung und dem Sozialabbau

Millionen Arbeitslose und zwei Millionen SozialhilfeempfängerInnen sprechen eine deutliche Sprache. Flüchtlinge, die in Lagern untergebracht werden und schlechtes Essen statt Geld bekommen, werden oft mit Gewalt und unter unwürdigen Bedingungen abgeschoben. Alle zusammen werden jeweils nach einer eigenen Logik von Behörden und Polizei schikaniert. Ihnen wird vorgehalten, sie seien für ihre Situation selbst verantwortlich. Sie alle werden von einem menschenwürdigen Leben ausgegrenzt und gedemütigt.

Lebendigkeit statt Polizeistaat

Mit der Mannheimer Polizeiverordnung reiht sich diese Stadt in ein Konzept ein, das eine zunehmend dichter werdende Kontrolle der Innenstadtbereiche anstrebt. Private Sicherheitsdienste und öffentliche Ordnungskräfte arbeiten gemeinsam an der „sauberen" Stadt. Nur wer über das nötige Geld verfügt und die Stadt zum Konsumieren nutzt, soll sich auch in ihr aufhalten. Alle anderen sind potentiell verdächtig und sollen deshalb kontrollierbar sein - überall, zu jeder Zeit. (...) Wer nach der Definition der Ordnungsmacht nicht ins Bild paßt, ist ständiger Repression ausgesetzt. Wir aber meinen: **Diese Stadt gehört allen, die in ihr leben.**

Revolutionäre 1.-Mai-Demonstration 99
11.30 Uhr, Paradeplatz, Mannheim
(siehe auch Veranstaltungskalender)

Für eine Welt ohne Sexismus

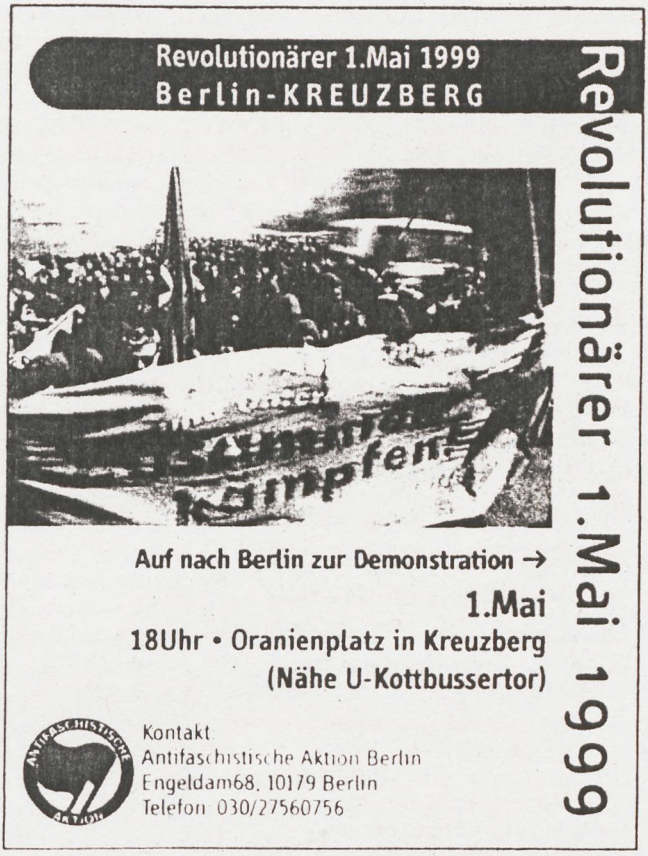
Wenn es überall enger wird, dann sollen Frauen als allererste verzichten. Auf ein eigenes Einkommen, auf eine selbständige Existenz. Kinder und Küche werden ihnen als Rückzugsgebiet empfohlen. Nach wie vor werden Frauen schlechter bezahlt oder schneller in Billigjobs abgeschoben. Ob Mann oder Frau, wir haben uns immer noch nach geschlechtsspezifischen Verhaltensmustern zu richten. Stark verkürzt heißt das: Mann muß stark und leistungsfähig sein, Frau hübsch und einfühlsam. **Das Aufbrechen dieser festgelegten und anerzogenen Maßstäbe wäre für alle ein Gewinn.**

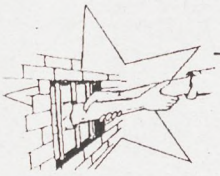
Für eine Welt ohne Rassismus

Der Rassismus ordnet Menschen in Gruppen ein, deren Lebensmöglichkeiten von vornherein unterschiedlich aussehen. Die Medien und die Gesellschaft sorgen dafür, daß und Menschen mit anderem Aussehen unheimlich erscheinen. Täglich werden in diesem Land Menschen durch die Straßen gejagt, weil sie den rassistischen Begriffen von Zugehörigkeit nicht entsprechen. Die CDU hat mit ihrer Unterschriftenkampagne gezeigt, daß sie bereit ist, das in diesem Land vorhandene fremdenfeindliche Potential zu aktivieren. Immer offener macht die etablierte Politik von diesen Methoden Gebrauch, um zu verhindern, daß sich die Unzufriedenheit mit den Verhältnissen gegen das kapitalistische System selbst richtet. Die „Anderen" werden zum Sündenbock gemacht. Damit wird eine soziale Hackordnung eingeführt. Die rot-grüne Regierung hat sich beeilt, mit ihrem Rückzieher bei der doppelten Staatsbürgerschaft dieser Politik in nichts nachzustehen.

Wir wollen selbst bestimmen, wie wir leben und arbeiten, wann wir feiern und uns freuen und wann wir streiten wollen. Streiten für eine gerechte, gleichberechtigte, herrschaftsfreie Gesellschaft ohne Krieg, Militär und Staatsgewalt!

[Dieser Aufruf zur 1. Mai-Demonstration in Mannheim erreichte uns ohne Angabe des Absenders; ebenso fehlt eine dafür verantwortlich zeichnende Gruppe. Anm. d. Red.]





Tschechischer Anarchosyndikalist in Haft!

Am Freitag, dem 27.11.1998, wurden Michal Patera und ein anderes Mitglied der *Föderation der Sozialen AnarchistInnen* (FSA-IAA) im Prager Club „Campton" von mindestens fünf tschechischen Neonazis angegriffen. Die meisten von ihnen gehören dem harten Kern der Prager Neonazi-Szene an und sind in asiatischen Kampfkünsten gewandt.

Bei der anschließenden Schlägerei wurde Michals Begleiter sehr schnell bewußtlos geschlagen, so daß dieser dem konzentrierten Angriff der fünf Neonazis allein gegenüberstand. Er erhielt ein paar schwere Schläge, von denen er verletzt wurde und anschließend einen Schock erlitt. Daraufhin griff er nach seiner automatischen Pistole, für die er ganz legal einen Waffenschein besitzt. Nachdem er auf die Faschisten geschossen und dabei einen verletzt hatte, sah Michal die Chance, zu entkommen. Bald darauf wurde er von der Polizei verhaftet, die vom Wirt alarmiert worden war. Nach kurzer polizeilicher Überprüfung und Rücksprache mit der „*Spezialabteilung zur Bekämpfung des politischen Extremismus*" wurde Michal des „*ideologisch motivierten versuchten Mordes*" (§§ 8 bis 219 des StGB) angeklagt. Am nächsten Morgen wurde er vom Bezirksrichter zu U-Haft bis zum Prozeßbeginn verurteilt. Im Durchschnitt sitzt ein/e AngeklagteR ein Jahr in solchem Gewahrsam. Die Polizei stufte den Fall klar als „ideologisch motivierten versuchten Mord" ein; begangen von einem bekannten „Linksextremisten" an einer Gruppe „unschuldiger, unauffälliger, junger Männer". Michal droht deshalb eine Haftstrafe von 25 Jahren in einem der härtesten Gefängnisse. Keiner der neonazistischen Angreifer wird auch nur wegen des geringsten Deliktes angeklagt. Mittlerweile hat sich die Lage für Michal etwas „gebessert". Er wird nun *[»nur noch« wegen]* des „gewöhnlichen" versuchten Mordes angeklagt. Das kann eine Freiheitsstrafe von 15 Jahren ... bedeuten. ... In der Tschechischen Republik [gibt] es über 30.000 organisierte Neonazis und aktive VertreterInnen faschistischer Ideologie, davon allein 3.000 in der Hauptstadt. Die Prager Ortsgruppe der FSA-IAA dagegen hat ganze zehn Mitglieder. Nach offiziellen Angaben des Innenministeriums sind über ein Drittel der PolizistInnen Mitglieder oder aktive SympathisantInnen neofaschistischer, rassistischer oder extrem nationalistischer Organisationen. Die Sympathie und Zusammenarbeit zahlreicher Polizeibeamter mit Neonazis - die in manchen Fällen bis hin zu direkter Mittäterschaft reicht -, ist eine bekannte Tatsache.

P.

ARNie INFO EXPRESS
Infobrief des Antifaschistischen Aktionsbündnis Rhein-Neckar

★ herausgegeben vom Antifaschistischen Aktionsbündnis Rhein-Neckar (AARN)
★ enthält Veröffentlichungen des AARN und seiner Mitgliedsgruppen
★ mit großer regionaler Presseschau und den aktuellen Ansagen vom Garfield-Infotelefon
★ mit "Kurz & LINKS Bündig
★ Veranstaltungs- und Termine-Übersicht
★ erscheint zum 15. jeden Monats - schließt die Informationslücke in der Monatsmitte

ARNie gibt es:
❑ für 4,- DM pro Ausgabe
❑ im Abo zzgl. 1,- DM Versand
❑ Soli-Abo für 60,-/?DM/ 10 Ausgaben

Briefmarken oder Scheine an:
ARNie; Postfach 1232; 69236 Neckarsteinach

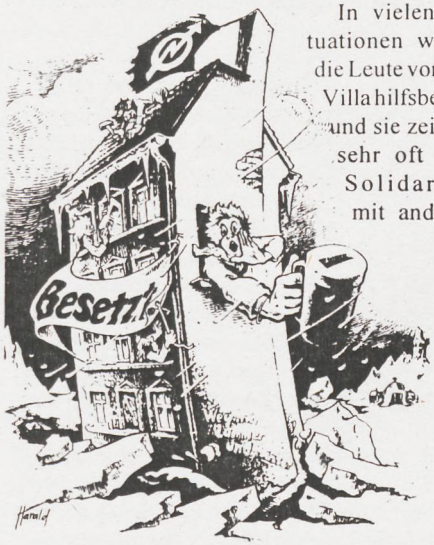
Solidarität mit der VILLA AMALIAS in Athen!

Für die 39. Ausgabe leider zu spät, hat uns Anfang März 1999 ein Brief aus Griechenland erhalten: auf englisch. Darin legen die SquatterInnen eines größeren Gebäudekomplexes in der Innenstadt Athens noch einmal kurz dar, seit wann es ihr Haus gibt, wofür es steht und vor allem, welchen Streß sie seit ein paar Jahren mit Bullenüberfällen haben. Wenn ihr etwas für sie tun wollt, dann könnt ihr sie entweder besuchen (ist immer eine Reise wert) oder Protestbriefe an die für den Streß verantwortliche Organization of School Buildings *senden (Adressen sind am Ende angegeben). Wir haben den Brief aus Athen übersetzt:*

-Sabotage

»**Die** VILLA AMALIAS **ist ein besetztes Haus im Zentrum Athens. Nachdem die Bullen das Squat in der Amaliastraße im Dezember 1989 geräumt hatten, wurde das seit 20 Jahren leerstehende Gebäude der *80 ACHARON & HEYDEN* im März 1990 besetzt.**

Abgesehen davon, das Zuhause einiger Leute zu sein, gibt es in der *Villa* einen Infoladen, ein Café, einen Proberaum für Bands und D.I.Y.-organisierte Live-Konzerte. Viele Bands - nicht nur aus Griechenland, sondern aus der ganzen Welt stammend - haben hier schon gespielt. Das Allerwichtigste in ihrer neunjährigen Existenz aber ist, daß die *Villa* immer aktiv war im alltäglichen Kampf gegen staatliche Unterdrückung.



In vielen Situationen waren die Leute von der Villa hilfsbereit, und sie zeigten sehr oft ihre Solidarität mit anderen Squats, AnarchistInnen, AntifaschistInnen usw.: in Form von Aktionen.

Am 17.12.1998, um 7.00 Uhr morgens, hat die Polizei das Haus zum vierten Mal gestürmt. Glücklicherweise nur für ein paar Stunden, weil die Squatters das Haus gleich wieder besetzt haben. Die Schulgebäudeverwaltung - die Eigentümerin des Gebäudes - erklärte daraufhin, das Haus zu benötigen, um einen städteweiten Räumungsprozeß aktivieren zu können. Diese (versuchte) Räumung ist nämlich nur ein Teil eines Programmes, wonach die Innenstadt Athens von allem gesäubert werden soll, was in irgendeiner Weise „unerwünscht" ist. Wie mensch sieht: die Olympischen Spiele kommen 2004 nach Athen, und die griechische Regierung will sich von ihrer besten Seite zeigen.

Menschen, die unter dem Banner „*Love, Trust & Unity*" leben, Leute, die keine FührerInnen oder Hierarchien brauchen, um Spaß zu haben, sich verlieben, einfach: LEBEN zu können, stellen etwas „Seltsames" dar und passen nicht in eine Welt voller Krankheit, Habgier und Macht.

Häuser zu besetzen, ist kein Verbrechen;
es bedeutet,
Kontrolle über unser Leben zu gewinnen.«

Kontakt:
VILLA AMALIAS, P.O. Box 31427,
100 35 Athens, Greece, Earth

Für Protestbriefe:
Organization of School Buildings,
30 Favierou Street, 104 38 Athens, Greece, Earth

— zentren häuser wagenplätze —

Ersatzobjekt für die Südanlage 20 in Gießen muß her!

Für den Erhalt selbstbestimmter Lebensräume!

Der Mietvertrag für die Südanlage 20 ist gekündigt und läuft am 31.10.1999 aus. An diesem Tag gehen fast 20 Jahre selbstbestimmtes Leben und Wohnen in dem ehemals besetzten Haus im Zentrum Gießens zu Ende. Damit scheint sich auch in Gießen ein Trend durchzusetzen, der schon in anderen deutschen Städten zu beobachten ist. So läuft auch in anderen Städten Deutschlands die Reprivatisierung besetzter Häuser und selbstverwalteter Lebensräume, so z. B. bei der „Köpi" in Berlin, bei der „Steffi" in Karlsruhe, beim Autonomen Zentrum in Heidelberg oder bei den „Michael Barrax" in Frankfurt. Desweiteren sind zahlreiche Bauwagenplätze wie z. B. in Kassel, Gießen oder Frankfurt von der Räumung bedroht.

Zur Geschichte der Südanlage 20

Am 2. März 1981 wurde das Haus der Südanlage 20 besetzt, nachdem es zuvor aufgrund der Planungen eines wahnwitzigen Straßenprojekts schon über vier Jahre leer stand. Was anfangs von der Öffentlichkeit noch als Faschingsscherz gesehen wurde, entwickelte sich nach und nach zu einem der bedeutendsten autonomen Zentren in Hessen.

Zu Beginn der Besetzung diente die Südanlage 20 hauptsächlich als Wohnraum, der von den BesetzerInnen instandgesetzt wurde. Mit der Instandsetzung wurde dem Trend entgegengewirkt, die Gießener Innenstadt in ein teures Büro- und Geschäftsviertel mit einigen wenigen unbezahlbaren Eigentumswohnungen umzuwandeln und alle, die nicht in die Glitzerwelt der Beton -, Glas- und Kommerzpaläste passen, an den Stadtrand oder in anonyme Wohnsilos abzudrängen.

Nachdem in Hessen Anfang der 80er Jahre erstmals eine Mehrheit der Bevölkerung SPD/Grüne gewählt hatte, wurden seitens der BesetzerInnen der Südanlage 20 und der ebenfalls besetzten Alicenstraße 18 im Rahmen der damaligen Koalitionsvereinbarungen Verhandlungen mit dem Land Hessen zum Abschluß von Miet- bzw. Erbpachtverträgen aufgenommen. Im Laufe der Verhandlungen konnte die damalige Landesregierung dazu gebracht werden, das Anwesen von der damaligen Besitzerin (Bundesrepublik Deutschland) zu erwerben; zum Abschluß von Verträgen kam es aufgrund von Desinteresse und Verschleppungspolitik der Landesbehörden allerdings nicht. Die Ende der 80er Jahre in Hessen regierende CDU verkaufte die sich dann im Landesbesitz befindenden Häuser an private Investoren. In der Folge wurde die Alicenstraße 18 „entmietet" und luxussaniert, die BewohnerInnen der Südanlage 20 konnten in Verhandlungen 10jährige Mietverträge durchsetzen.

Die Mietverträge wurden mit dem *Verein für kommunikatives, kollektives und trotzdem soziales Wohnen e. V.* abgeschlossen, der von den BewohnerInnen bereits Jahre zuvor gegründet worden war. Im Rahmen der Mietverträge wurde das Hintergebäude der Südanlage 20 in Eigenarbeit zum neuen Infoladen ausgebaut, der alte Infoladen, der sich seit 1987 im Haupthaus befand, zog um. In der Südanlage 20 wohnen, arbeiten, feiern (kurz: leben) Menschen, die dort selbstbestimmt - alterna-

tiv zu Zweck-WGs, anonymen StudentInnenwohnheimen oder anderen Lebensgemeinschaften - wohnen wollen. Die BewohnerInnen sind gleichzeitig Mitglieder des Vereins und tragen somit diesen und die Hausgemeinschaft durch ehrenamtliche Arbeiten (Organisation, Instandhaltung, ...). Ein wichtiges Ziel des Vereins ist, dem steigenden Mietwucher entgegen zu wirken und selbstverwalteten Wohnraum auch sozial Schwächeren anbieten zu können. Das bedeutet aber auch, daß die BewohnerInnen relativ bescheiden Wohnbedingungen auf sich nehmen (schlechte sanitäre Anlagen, keine Zentralheizung etc.), um in einer solchen Form miteinander leben zu können.

Die Südanlage 20 steht seit 18 Jahren für:

- selbstbestimmtes Leben
- bezahlbaren Wohnraum
- unkommerzielle Konzerte und Parties, die BesucherInnen aus dem gesamten Bundesgebiet anziehen
- Kulturveranstaltungen

Außerdem ist die Südanlage 20 Anlaufstelle und Treffpunkt kultureller und politischer Gruppen und ermöglicht die Nutzung von Werkstätten und Proberäumen.

Der Infoladen

Der selbstverwaltete Infoladen, in dem täglich verschiedene Gruppen ihr Programm organisieren, bietet einen ungezwungenen, unkommerziellen Freiraum, den die Gruppen sonst nur schwer oder gar nicht finden. Als Beispiele sind Frauen/Lesben-Disco, Dienstags-Café, Frauen-Café, Rote Hilfe, Alternatives Schwulen-Café, Antifa-Café, ein SchülerInnen-Antifa-Café, eine Konzertgruppe, die Kochgruppen der Volksküche und eine Archivgruppe zu nennen, die sich mit der Instandhaltung und Aktualisierung des Archivs beschäftigt. Im Archiv finden sich viele alternative, linke und allgemeinpolitische Zeitungen, Zeitschriften und Bücher der letzten 20 Jahre, die im großen Mediendschungel kaum Beachtung finden. Das Archiv ist einmalig in Hessen und für politisch interessierte Menschen unverzichtbar.

Im Infoladen und im selbst ausgebauten Keller des Haupthauses finden regelmäßig unkommerzielle Konzerte, Vortrags- und andere Veranstaltungen statt. Während sich die Stadt Gießen hochtrabend „Kulturstadt an der Lahn" nennt, ist das kulturelle Angebot für viele ihrer BewohnerInnen, vor allem für Jugendliche, viele StudentInnen, Arbeitslose und ArbeiterInnen (also Menschen mit einem schalen Geldbeutel) entweder völlig uninteressant oder nicht bezahlbar. „Kultur" mit großem Aufwand und Budget betrieben, dient oft nur der Standort- und Imagepflege der Stadt.

Das Aus für die Südanlage 20 wäre ein Verlust für Gießen und weit darüber hinaus!

Leben, Politik und Feiern in selbstbestimmten und selbstverwalteten Freiräumen sind für uns untrennbare Voraussetzung für ein Leben, das sich nicht in erster Linie an Konsum und Profit orientiert.

Was wir brauchen:

ist ein großes Haus mit Wohnraum und Räumlichkeiten für Konzerte, politisches und kulturelles Engagement, für Gruppen, Werkstätten, Proberäume etc. als Ersatz für das Wohnhaus und den Infoladen. Dies muß zu günstigen Bedingungen miet- oder pachtbar sein (siehe z. B. Hafenstraße in Hamburg oder Autonomes Jugendzentrum in Bielefeld). Dafür sind wir auch zum Eigenausbau für die genannten Zwecke bereit.

Wir fordern die Stadt Gießen auf, Bedingungen dafür zu schaffen,

daß ein Ersatzobjekt für die Südanlage 20 gefunden und bereitgestellt wird und

daß langfristige Mietverträge (oder auch Erbpachtverträge) mit dem *Verein für kommunikatives, kollektives und trotzdem soziales Wohnen e. V.* abgeschlossen werden!

Die BewohnerInnen der Südanlage 20 und ihre UnterstützerInnen

Frühjahrskonferenz der Anti-AKW-Bewegung vom 9.-11.04.1999 in Heidelberg

»Es ist wieder so weit, die Frühjahrskonferenz ist da... Das wunderschön spießige Heidelberg liegt im atomaren Dreieck, eingekesselt von Obrigheim, Biblis und Philippsburg - und auch Neckarwestheim ist nicht weit. Nicht zu unterschätzen ist die Wichtigkeit des nahegelegenen Mannheimer Rangierbahnhofes für die Atomkonzerne als Verschiebeplatz für WAA-Atommülltransporte.

Da liegt es nahe, daß wir, die Heidelberger Anti-AKW/Castor-Gruppe, weniger eine theoretische, organisatorische Gruppe, sondern vielmehr eine Aktionsgruppe mit Bündnisanbindung sind. Zumindest waren wir das seit der Gründung 1995 im Vorfeld des Castortransportes Philippsburg - Gorleben. Seit dem Transportestopp arbeiten wir im organisatorischen Bereich zu Obrigheim und sind am Siemensboykott (...) und an der Organisation von *X-tausend mal quer - überall* beteiligt. Der Konferenzort ist das Kulturzentrum Karlstorbahnhof (KaBa). Dort befindet sich ein großer Plenumsraum, ein Großteil der Seminarräume und die Schlafplatzbörse. (...) Die Bundeskonferenz ist offen für alle Interessierten, nicht nur die in Bürgerinitiativen und Basisgruppen Organisierten. Zu diskutieren gibt es auch diesmal genug: Die Atompolitik der rot-grünen Regierung hat selbst die schlimmsten Befürchtungen noch übertroffen. Selbst die ihrerseits schon absolut unzureichenden Absichtserklärungen des Koalitionsvertrages wurden inzwischen ohne Not ganz im Sinne eines ziel- und ergebnisfreien „Pragmatismus" in den sogenannten Konsensgesprächen zu Grabe getragen. Statt dessen verspricht die neue Regierung bahnbrechende Neuerungen zugunsten der Atomkonzerne: Die angedachte zügige Errichtung dezentraler Zwischenlager verhindert nicht einen Transport, reduziert allerdings den Druck auf die BetreiberInnen und behindert eine öffentliche Debatte um die ungelöste Entsorgungsproblematik. Dagegen berichteten die Medien in letzter Zeit massiv über die angebliche Rücknahmeverweigerung des (von den Stromkonzernen ins Ausland verschobenen) Atommülls durch die Anti-AKW-Bewegung. Gerade deswegen macht es Sinn, die Kontakte zu den Bewegungen außerhalb Deutschlands zu stärken. (...) Eines der wichtigsten Aktionsfelder der nächsten Zeit ist sicherlich die Blockade des ersten Castors seit dem Transportestopp. Die Abwiegelung des Castor-Skandals ist bereits in vollem Gang. Die BetreiberInnen des AKW Gundremmingen haben bereits angekündigt, im Sommer einen Transport mit sechs Castoren durchführen zu wollen. Transporte aus den stillgelegten AKWs Rheinsberg und Rossendorf sind bald zu erwarten. Die Perspektiven für die Bewegung sind trotz allem einigermaßen günstig: Wann gab es schon einmal die Möglichkeit, einen Reaktor vom Netz zu blockieren? Außerdem wollen wir wieder einmal den Blick über den Tellerrand hinaus wagen. Insbesondere der EU-Gegengipfel in Köln Ende Mai und die in den Startlöchern stehende Bewegung gegen den Flughafenausbau in Frankfurt (Landebahn Nord) bieten weitere Handlungsmöglichkeiten für Anti-Atom-Bewegte. (...)«

Anti-AKW/Castor-Gruppe
c/o Eine Welt Zentrum
Am Karlstor 1
69117 Heidelberg
Tel.: 06221/978927
Fax: 06221/978932
anti-atom-heidelberg@gmx.de

(Konto: Tobias Polzin, Stichwort: Bundeskonferenz, H & G - Bank Heidelberg, BLZ: 672 901 00, KtoNr.: 66 06 93 03)

[Termine, Näheres zu den AGs usw. siehe im Veranstaltungskalender unter der Rubrik „Anti-AKW-Frühjahrskonferenz in Heidelberg"]

Zusammen kämpfen! - Zusammen feiern!

Der Erste Mai ist seit über hundert Jahren der Tag aller linken, sozialistischen und revolutionären Emanzipationsbewegungen. Er ist auch heute noch der Tag, an dem in nahezu allen Ländern der Erde Menschen auf die Straße gehen, um *gegen* Unterdrückung, Ausbeutung und Ausgrenzung und *für* weltumspannende Solidarität, umfassende Gerechtigkeit und eine herrschaftsfreie Gesellschaft zu kämpfen.

Aber auch andere Kräfte versuchen seit langem, diesen Tag für ihre Zwecke zu nutzen: So wurde noch bis vor wenigen Jahren jedes Mal in der Nacht zu diesem Ersten Mai auf dem Heidelberger Marktplatz ein reaktionäres Spektakel aufgezogen. Fackeltragende, von Nazis aller Couleur flankierte Burschenschafter marschierten - geschützt von einem massiven Polizeiaufgebot - auf den Marktplatz in der Heidelberger Altstadt, um dort gegen Mitternacht ihr „*Deutschland, Deutschland über alles...*" zu grölen.

Seit nunmehr zwei Jahren ist diesem chauvinistischen Schauspiel ein Ende bereitet. Die Verbindungsstudenten (vor allem von *Normannia* und *Alemannia*) mußten ihr traditionelles Maiansingen aufgrund vehementen antifaschistischen Widerstands von der Innenstadt auf das Heidelberger Schloß verlegen. 1998 versuchten sie, von dort aus einen Fackelzug in die Altstadt durchzuführen. Aber etwa 150 AntifaschistInnen hinderten die von zahlreichen Nazi-Skins unterstützten Burschenschafter daran, vom Schloß weg zu kommen. Seit zwei Jahren kann der Erste Mai in der Heidelberger Innenstadt als antifaschistischer *Kampf- und Feiertag* begangen werden, an dem - ungestört von rechten Männerbünden - linke Inhalte zur Geltung kommen.

Zu diesem Zweck organisierte 1998 ein breites Bündnis von Autonomer Antifa Heidelberg über VVN/BdA Heidelberg bis hin zur PDS Ortsgruppe Heidelberg ein antifaschistisches Straßenfest in der Heidelberger Altstadt. Unter dem Motto „*Zusammen kämpfen! - Zusammen feiern!*" sollten sich die antifaschistischen Aktionen gegen das Maiansingen der Heidelberger Burschenschaften zu einem von zahlreichen linken Gruppen getragenen Spektakel ausweiten. Am 30.04.1998 war es dann soweit: Auf dem Kornmarkt kamen am Abend über 300 Menschen zusammen, um den gewonnenen „Freiraum" dazu zu nutzen, mit den eigenen linken Inhalten an die Öffentlichkeit zu treten.

Neben Redebeiträgen und Informationsständen fand besonders das kulturelle Rahmenprogramm großen Anklang. Dem organisierenden Bündnis war angesichts dieses Erfolges schnell klar, daß eine alljährliche Wiederholung dieses linken Aktionstages zu etablieren sei. Und so hat sich 1999 erneut eine Vielzahl fortschrittlicher Kräfte zusammengefunden, um am 30.04. gemeinsam zu demonstrieren, zu agitieren und zu feiern.

Wenn Heidelberg entgegen dem bundesweiten Trend bisher von einer *offen* auftretenden faschistischen Szene verschont geblieben ist, so ist das nicht zuletzt der siebeneinhalbjährigen Existenz des Autonomen Zentrums (AZ) in der Alten Bergheimer Straße zu verdanken. Das AZ war nicht nur der Ort, an dem gegenkulturelle Konzepte in sehr großem Rahmen konkretisiert, an dem auf Gegenseitigkeit basierende Verhaltensweisen jenseits des Konsumzwangs kollektiv „trainiert" wurden; es war auch der Ort, an dem sich politisch aktive AntifaschistInnen ungestört treffen, austauschen, informieren und organisieren konnten, um dem rechten Vormarsch etwas entgegenzusetzen und den reaktionären Konsens in der Bundesrepublik ein Stück weit zu durchbrechen. Und unter diesen permanenten Einsatz für eine bessere, gerechtere Gesellschaft fiel selbstverständlich auch die Verhinderung der Umtriebe der ortsansässigen Verbindungsstudenten, die keine Chance ungenutzt lassen, ihre elitären, frauenfeindlichen, rassistischen, nationalistischen Ideologien in die Öffentlichkeit zu transportieren.

Die Stadt Heidelberg jedenfalls hat(te) an der Zurückdrängung burschenschaftlicher Aktivitäten kein Interesse; an ihr hat es demnach nicht gelegen: Während nämlich die rechtsextremen Burschenschafter jahrzehntelang von der Stadt liebevoll als Teil des „Heidelberger Brauchtums" hofiert wurden, wurden die AntifaschistInnen, die gegen dieses braune Treiben protestierten, als „Krawallmacher" und „Chaoten" diffamiert.

Und doch gehört die Innenstadt in der Nacht zum Ersten Mai heute uns - und nicht den (von Polizeikräften geschützten) Burschenschaften!

Die fortschrittlichen Kräfte Heidelbergs lassen sich eben nicht aus der Stadt vertreiben, nicht von Faschisten, und auch nicht von einer Stadt(verwaltung), die entgegen ihrer wiederholten Versprechen, sich schnellstmöglich um ein adäquates Ersatzgebäude zu kümmern, das Autonome Zentrum ersatz*los* hat räumen lassen - in der repressiven Hoffnung, daß nun Friedhofsruhe in dieser Stadt einkehre; eine Friedhofsruhe, in der sich Heidelberg mit aufgemotzten Hochglanzfassaden ungestört dem kapitalträchtigen Tourismus und dem Kommerz widmen kann. „Alles, was keinen Profit verspricht oder keine zahlungskräftigen KonsumentInnen und TouristInnen anzieht, soll aus der Innenstadt verdrängt werden." (*aus dem Redebeitrag der Autonomen Antifa Heidelberg auf der AZ-Demo am 06.02.1999*) „Es stören vor allem ... Menschen, die nicht am Konsumwahn teilnehmen können: Obdachlose, Junkies und andere sozial Schwache sind immer stärker polizeili-

Zusammen kämpfen!
Zusammen feiern!
Demo und Straßenfest
am 30. April in Heidelberg

Demonstration

ZUSAMMEN KÄMPFEN! - antifaschistisch, revolutionär, für ein neues AZ!
Burschenschaften abschaffen!
Freiräume schaffen!
17.00 Uhr#Bauhaus#Heidelberg

Antifaschistisches Straßenfest

- EL MAX (Weinheim)
- DJ KENNETH STARR (shut up and dance!)
- DJ`s der AZ-UnheilBar
- Überraschungsgäste des Pro-AZ-BürgerInnenkomitees
- Essen, Trinken und Infostände

ab 19.00 Uhr#Kornmarkt#Heidelberg

cher Repression ausgesetzt. Um eine Handhabe gegen diese Menschen zu bekommen..., wurde in der neuen Heidelberger Polizeiverordnung u. a. das Betteln, das Lagern sowie das Liegen auf einer Bank in der Öffentlichkeit verboten." (*aus dem Redebeitrag der Antifaschistischen Jugendaktion Heidelberg [AJA] auf der AZ-Demo am 06.02.1999*) Alle, die nicht in diese schöne neue Warenwelt passen, alle, die sich nicht mit einer pseudo-politischen Betätigung in einer der Fraktionen der **K**apitalistischen **E**inheitspartei **D**eutschlands (KED) zufrieden geben wollen, sollen aus der „Neckarstadt mit Herz" verdrängt, sollen kriminalisiert oder auf andere Weise ruhiggestellt werden.

Wir können schon jetzt versprechen, daß ihre Rechnung nicht aufgehen wird. Wir können schon jetzt versprechen, daß wir solange keine Ruhe geben, bis es ein neues AZ in Heidelberg gibt.

Seit dem 01.02.1999 - dem Tag des Abrisses des Gebäudes in der Alten Bergheimer Straße - stehen alle freundlichen Bekundungen und Versprechen der Stadt(verwaltung) Heidelberg für jede und jeden ersichtlich als das da, was sie sind: Lügen, Beschwichtigungsversuche und Hinhaltetaktik.

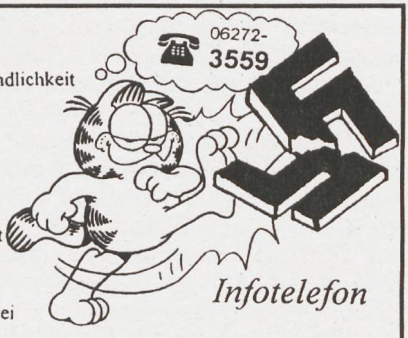
Wir werden weiterhin kämpfen für ein neues, gleichwertiges AZ, in dem es Raum gibt für antifaschistische, revolutionäre, selbstverwaltete Politik und Kultur ohne städtische oder staatliche Kontrolle!

ZUSAMMEN KÄMPFEN!
- antifaschistisch,
- revolutionär,
- für ein neues az!
Burschenschaften abschaffen!
Freiräume schaffen!

Die Demonstration und das Straßenfest werden bisher unterstützt von:

Antifaschistisches Aktionsbündnis Rhein-Neckar (*AG Junge GenossInnen* Rhein-Neckar, *Antifa AK* der Uni Heidelberg, *Antifa Neckar-Odenwald/keine Lichterketten* [ANO/kL], *Antifaschistische Jugendaktion* Heidelberg [AJA], *Antifaschistisches Kollektiv Maus* Karlsruhe [AKM], *Autonome Antifa* Heidelberg, *Für andere Zustände* Mannheim [FAZ], *G.R.A.U.* Neustadt, *I.G.F.S./Antifa* Neustadt, *Infotelefon G.A.R.F.I.E.L.D., Jugend Antifa* Weinheim, *PDS* Ortsgruppe Heidelberg, *VVN/BdA* Heidelberg, Wilde Horde), Roter Splitter Heidelberg, Deutscher Freidenker-Verband, DKP Heidelberg, *Sabotage* Zeitung Heidelberg, Aktionsgruppe Neue Uni Heidelberg, Støregøre Autonome FrauenLesbengruppe Heidelberg, Rote Hilfe Ortsgruppe Heidelberg, Autonomes Zentrum Heidelberg (im Exil), Infoladen Moskito Heidelberg im Exil, VEB laut & lästig Mannheim ...

Gegen
Ausländerfeindlichkeit
Rassismus
Faschismus
Ignoranz
Engstirnigkeit
Lügen und
Deutschtümelei



(Meist 2x) wöchentlich aktualisiertes Ansageband mit lokalen, regionalen und (natürlich keinen nationalen, sondern) bundesweiten Nachrichten über und gegen Nazis. Nach der Ansage können (und sollen!) auch Infos für Garfield aufgesprochen werden. Neue Postanschrift: **Garfield, Postfach 1126, 69401 Eberbach**

Antifaschistischer Rückblick

Nazi-Aufmarsch in Bruchsal erneut verhindert

Für Samstag, den 20. März hatten NPD/JN wieder einmal zu einem Aufmarsch (zum vierten Mal) in Bruchsal aufgerufen. Wieder einmal wollten die Nazis für ihren „Märtyrer" und „politischen Gefangenen", den ehemaligen NPD-„Führer" Günter Deckert, demonstrieren.

Der NPD-Aufmarsch wurde jedoch durch antifaschistische Gegenmobilisierung erfolgreich verhindert. Die Stadt Bruchsal sah sich gezwungen, den Nazi-Aufmarsch aufgrund der offensiven Mobilisierung des Antifaschistischen Aktionsbündnisses Rhein-Neckar (AARN) zu verbieten, da „Sicherheit und Ordnung" nicht gewährleistet werden könnten. Soweit bekannt, legten die Neonazis keine Rechtsmittel gegen das Verbot ein. Die Polizeiführung hatte zudem angekündigt, die Demonstrationen bei einer Aufhebung des Verbots durch die Verwaltungsgerichte räumlich zu trennen und diese Trennung konsequent durchzusetzen. Daß sie dazu durchaus in der Lage sein könnte, zeigte dann der Samstag: Bruchsal glich einmal mehr einer Polizeifestung. Vorkontrollen, Raumstreifen und Motorradbullen prägten das Bild. Einige wenige versprengte Nazis wurden von der Polizei wieder aus der Stadt geschickt. Etwas weniger glückliche Faschisten machten Bekanntschaft mit antifaschistischer Selbsthilfe.

Trotz Verbots des Nazi-Aufmarsches demonstrierten in Bruchsal rund 150 AntifaschistInnen. Vorbei an der Bruchsaler Justizvollzugsanstalt, vor der ein Redebeitrag der Roten Hilfe OG Heidelberg zum Tag der politischen Gefangenen - 18. März - verlesen wurde (siehe unten), ging es durch die Bruchsaler Innenstadt.

Angesichts der geringen Zahl an DemoteilnehmerInnen hätte auf die Durchführung verzichtet werden können. Eine Kundgebung hätte eventuell ausgereicht. Diese Kritik kam vor allem von AntifaschistInnen, die von etwas weiter entfernt angereist waren. Im Vorfeld der Demonstration kam es zu drei vorübergehenden Festnahmen von Antifaschisten, denen Verstöße gegen das Waffen- und Versammlungsgesetz vorgeworfen werden.

Redebeitrag der Roten Hilfe e. V. Ortsgruppe HD

Die Rote Hilfe e. V. ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende *linke* Schutz- und Solidaritätsorganisation. Sie organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, die in der BRD aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden. Politische Betätigung in *diesem* Sinne ist das Eintreten für die Ziele der ArbeiterInnenbewegung, der antikapitalistische, antifaschistische, antisexistische oder gewerkschaftliche Kampf, oder der Widerstand gegen weltweite Kriegsgefahren.

Seit Jahren nun ruft diese Rote Hilfe - zusammen mit den unterschiedlichsten politischen Gruppen - zum *Bundesweiten Aktionstag für die Freiheit aller politischen Gefangenen* auf. Rund um den dafür auserwählten 18. März jeden Jahres gibt es deshalb vielfältige Aktionen der Solidarität mit den politischen Gefangenen: unter anderen Informationsveranstaltungen, Kundgebungen, Demonstrationen und Transparentaktionen.

Der 18. März hatte in der Geschichte der Klassenkämpfe schon mehrfach große Bedeutung. 1848 trat das entstehende Proletariat gegen Junker und Bourgeoisie an; 1871 begann die *Pariser Commune*; und bis in die 20er Jahre galt dieser Tag innerhalb der ArbeiterInnenbewegung als *„Tag der Pariser Commune"*. Deshalb wurde er 1923 von der damaligen Roten Hilfe zum *„Internationalen Tag der Hilfe für die politischen Gefangenen"* ausgebaut.

Und genau *diese* historischen Bezüge haben die 1974 wiedergegründete Rote Hilfe e. V. und andere progressive Gruppen aufgegriffen und den 18. März vor ein paar Jahren erneut installiert: als *Tag der politischen Gefangenen*.

„**Politisch**" in *diesem* Sinne sind aber nur diejenigen, die als Linke wegen ihrer politischen Aktivitäten, wegen der presserechtlichen Verantwortlichkeit für „*staatsverunglimpfende*" Schriften, wegen der Teilnahme an „*wilden*" Streiks, wegen des Widerstandes gegen polizeiliche Übergriffe oder wegen des Kampfes gegen kapitalistische, sexistische, faschistische Strukturen von staatlicher Repression getroffen werden und im Zuge des Angriffs auf ihr Widerstandsbewußtsein ihren Arbeitsplatz verlieren, vor Gericht gestellt werden, verurteilt werden oder gar im Gefängnis landen.

„**Politisch**" in *diesem* Sinne sind aber keinesfalls Menschen, die sich *für* Gesellschaftssysteme einsetzen, die von Autoritarismus, Militarismus, Sozialdarwinismus, Chauvinismus geprägt sind. *Für* Systeme, in denen alles Solidarische, Hilfsbewußte, Menschenfreundliche, Freiheitliche ausgemerzt werden soll. *Für* Systeme, die sich dadurch auszeichnen, daß sie innerhalb ihrer territorialen Grenzen Repressionsapparate einsetzen, die in den Dienst aller darin zum Tragen kommenden Ausgrenzungsmaßnahmen gestellt werden. Solche Menschen *agieren* vielleicht „politisch" - weil sie sich *für* etwas engagieren -, aber *ihr* „politisches" Engagement dient einzig und allein dem Zwecke des Aufbaus einer Gesellschaftsformation, die lebenslange Gefangenschaft für alle bedeutet, die unter ihr leben/leiden müssen. Deshalb sind sie *nicht* politisch in unserem Sinne.

Auch wenn sie - wie hier in Bruchsal - dieses Jahr versucht haben, den **Bundesweiten Aktionstag für die Freiheit aller** *politischen* **Gefangenen** für *ihre* (neonazistischen) Zwecke zu instrumentalisieren. Ein Aktionstag übrigens, der dieses Jahr bewußt unter das Motto „*Gegen das Europa der Repression und Ausgrenzung - Solidarität und Widerstand*" gestellt wurde. Eine politische Botschaft, mit der Günter Deckert von der faschistischen **N**ationaldemokratischen **P**artei **D**eutschlands (NPD) nichts, aber auch gar nichts zu tun hat. Aber gerade um *seine* Freiheit geht es den FaschistInnen heute, am 20.03.1999: unter Hinweis auf die von *linken* Organisationen ins Leben gerufenen Kampagne „*Freiheit für alle politischen Gefangenen*". Daß damit gerade *nicht* Herr Deckert gemeint ist, ein seit über drei Jahrzehnten aktiver Hetzer gegen alles „*Nicht-Deutsche*", ein seit drei Jahrzehnten bekannter Faschist, dürfte noch deutlicher werden, wenn angeführt wird, *wofür* der stellvertretende NPD-Bundesvorsitzende unter anderem steht: *für* die Wiedereinführung der Todesstrafe, *für* die permanente Anstachelung zum Rassenhaß, *für* die unentwegte Verleumdung und Beleidigung der Opfer des Holocaust, *für* die Kooperation seiner Partei mit anderen, extrem rechten/militant-faschistischen Gruppierungen.

Daß gerade *er* nicht damit gemeint sein kann, wird auch klar, wenn die Programmatik der NPD, der Günter Deckert seit 1965 angehört, durchleuchtet wird: Die NPD steht seit November 1987 nicht „nur" *für* nationalrevolutionäre Positionierungen, einen ethnopluralistischen „*Dritten Weg*" zwischen Kapitalismus und Kommunismus, abstruse Holocaust-Relativierungen, *für* nationalistische, rassistische, frauenfeindliche, antisemitische Propaganda, sondern auch *für* das

Bemühen, legal operierendes, parteilich einbindendes Sammelbecken für das militante neofaschistische Spektrum zu werden. Mittlerweile dient „*die NPD dem militanten Neonazi-Spektrum immer mehr als Mittel, um Aufmärsche durchzusetzen und die eigene Anhängerschaft zu mobilisieren*" (*Jungle World* Nr. 10, 03.03.1999, Seite 10). Und *deren* stellvertretender Bundesvorsitzender erwartet nun, Empfänger der Solidarität zu werden, die weltweit all denen zukommen soll, „*die in ihrem Kampf für gerechte Verhältnisse von Repression betroffen sind*" (aus dem Flugblatt des *Bundesweiten Koordinierungstreffens zum Aktionstag 18. 03. 1999*).

Dazu sagen wir - als bundesweit agierende *linke* **Anti**-Repressionsgruppe -:

Faschisten wie Günter Deckert, die in Justizvollzugsanstalten sitzen wegen: Volksverhetzung, Anstachelung zum Rassenhaß, Leugnung der Massenvernichtung von Jüdinnen und Juden während der NS-Zeit, haben unsere Solidarität nicht verdient. Das einzige, das sie verdient haben, ist unsere tiefe Verachtung und unser politisches Eintreten dafür, daß sie an unserem entschlossenen Widerstand zugrunde gehen.

Solidarität ist unteilbar,
und sie ist international!
Freiheit für alle politischen Gefangenen
aus RAF und linkem Widerstand!
Solidarische Grüße an den hier in Bruchsal
einsitzenden Christian Klar:
Christian, wir sind bei dir.

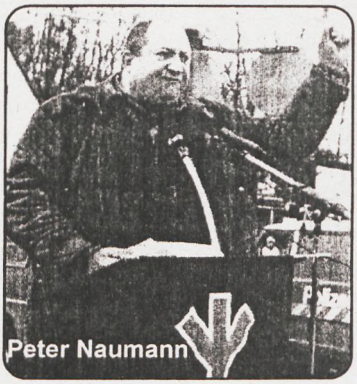
Rote Hilfe e. V. - Ortsgruppe Heidelberg

Saalveranstaltung der Kameradschaft Karlsruhe mit Horst Mahler und Peter Naumann

Ebenfalls am 20. März fand in Karlsruhe eine Saalveranstaltung der Kameradschaft Karlsruhe statt. Eingeladen wurde zu einer Diskussion mit Horst Mahler, ex-RAFler und Anwalt, und Peter Naumann, Nazi-Bombenleger.

Die „Freien Nationalisten" führten damit die dritte große Vortragsveranstaltung mit zwielichtigen Gestalten durch. Bereits am 14. April 1998 sprachen in Karlsruhe der Nazi-Kader Christian Worch (Ex-Nationale Liste, Hamburg) sowie der ehemalige Bundesvorsitzende der verbotenen Nationalen Offensive (NO), Michael Swierczek. Des weiteren fand eine Saalveranstaltung mit dem medienbekannten Freund der Bundeswehr und Nazi-Terroristen Manfred Roeder statt.

Unter dem Motto „Terrorist gegen Terrorist" gaben sich der vom RAFler zum Nationalisten und Volkstumsverfechter mutierte Horst Mahler und der Nazi-Terrorist und langjährige Aktivist Peter Naumann (er war bereits mit 18 Jahren Mitglied der JN) ein Stelldichein.


Peter Naumann

Peter Naumann, der Anfang der 90er Jahre mehrere Waffenverstecke der Neonazis an die Polizei verraten hatte, taucht zur Zeit wieder bei Nazi-Veranstaltungen auf - zuletzt als Redner auf der Demonstration gegen die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht" am 20. Februar in Saarbrücken. Kurz danach, am 4. März, detonierte in Saarbrücken eine Bombe, die die Ausstellungsräume der Volkshochschule, in denen die Wehrmachtsausstellung gezeigt wird, verwüstete. Zufall?

Zu der Veranstaltung, die streng konspirativ durchgeführt wurde, kamen nach Angaben der Neonazis 200 ZuhörerInnen aller Altersgruppen.

Der Versuch einer JN-Kundgebung in Mannheim

Die Jungen Nationaldemokraten (JN) hatten für Samstag, den 27. März 1999 eine Kundgebung auf dem Mannheimer Paradeplatz angemeldet. Motto sollte sein „Einwanderung stoppen - Widerstand jetzt!". Die Kundgebung stand unter dem Zeichen der „Aktion Widerstand", einer gemeinsamen Aktion von JN und freien Kameradschaften.

Nachdem die Kundgebung wenige Tage vorher durch die Stadt Mannheim verboten worden war, legten die JN Rechtsmittel ein und erreichten prompt vor dem Verwaltungsgericht in Karlsruhe eine Aufhebung des Verbots. Weitere Beschwerden der Stadt Mannheim beim Verwaltungsgericht nützten nichts, Sicherheit und Ordnung seien nicht gefährdet. So standen dann am Samstagmorgen - zur besten Einkaufszeit - rund 40 Neonazis mit Reichs-, NPD- und JN-Fahnen sowie Schildern der „*Aktion Widerstand*" um den Brunnen auf dem Paradeplatz und versuchten, ihre Kundgebung durchzuführen. Um den Paradeplatz wurden weitere Neonazis von der Polizei vor wütenden AntifaschistInnen abgeschirmt.

Das stellte sich jedoch als gar nicht so einfach dar, angesichts der über 200 GegendemonstrantInnen, die sich um den Paradeplatz gruppiert hatten. Von der eigentlichen Kundgebung und den Rednern Lars Käppler (Heilbronn) und Mike Laier, JN-Landesvorsitzender Baden-Württemberg, war außerhalb der Polizeiabsperrungen nichts zu hören. Einzig die Parolen der Nazis kamen gelegentlich nach außen durch. Alles in allem boten die JN-AnhängerInnen ein eher lächerliches Bild: Sie waren ganz unter sich, isoliert von den PassantInnen, ohne Infostand, mit zu wenig Leuten, um all die mitgebrachten Schilder zu halten, und den gelegentlichen Angriffen von AntifaschistInnen ausgesetzt, die sie mit Flaschen, Dosen und ganzen drei Kisten Tomaten eindeckten. Zudem mußten etliche Nazis, die zu spät zur Kundgebung angereist waren, flüchten oder bekamen die Wut der anwesenden Leute am eigenen Leib zu spüren. Trotz des massiven Schutzes durch die glorreiche Mannheimer Polizei mußten Neonazis außerhalb der Polizeiabsperrungen immer wieder Fänge beziehen. Trotz kleiner Erfolge und trotz der Isoliertheit der „Kundgebung" hätte durchaus mehr laufen können. Die anwesenden AntifaschistInnen waren anfangs zu versprengt, um agieren zu können - aber gerade am Anfang war die Bullendichte am Paradeplatz noch so gering, daß die Nazis bei 100-150 Antifas wahrscheinlich alt ausgesehen hätten. Das heißt dann wohl für das nächste Mal: noch früher aufstehen! Nach der Kundgebung wurden die JN-AnhängerInnen, darunter René Rodriguez-Teufer (ex-ANK) und andere bekannte Nazifiguren der Region, mit einem als „Sonderfahrt" deklarierten Bus der Mannheimer Versorgungs- und Verkehrsbetriebe aus Mannheim zum Ludwigshafener Hauptbahnhof gekarrt.

Bilanz des Tages: zehn festgenommene AntifaschistInnen (u a. wegen „Körperverletzung), zwei eingefahrene Nazis (darunter der JN-Kader Benkeser), ein von etwa fünf Faschos zusammengetretener Antifaschist, ein paar blutige Nazi-Nasen und Ketchup auf dem Paradeplatz.

Eine nicht ganz zufriedenstellende Aktion unsererseits - vieles hätte besser laufen können. Was jedoch positiv auffällt, ist die überwiegende Antipathie der PassantInnen gegenüber den fahnenschwingenden „wahren Deutschen", die sich oftmals in lautstarken Unmutsschüben äußerte. Das Mannheimer Beispiel hat wieder einmal gezeigt, daß es angesichts der massiven Bullenpräsenz bei Nazi-Aktivitäten fast nicht mehr möglich ist, an die Faschisten ranzukommen. (Ausnahmen bestätigen die Regel.) Es ist also angebracht, begonnene Diskussionen über den effektiven Umgang mit Nazi-Aufmärschen u. ä. fortzuführen, um möglichst bald zu verwertbaren Ergebnissen zu gelangen.

In Zukunft sollten sich aktive AntifaschistInnen vielleicht eher wieder auf die Parole „Faschisten haben Namen und Adressen" besinnen, um so dem fast wöchentlichen Spuk von Nazi-Aufmärschen entgegenzuwirken.

Autonomes Redaktionskollektiv

Aktionstag gegen Coburger Convent und Repression in Coburg und überall! Demonstration am 24. Mai 1999

Wie jedes Jahr findet auch 1999 wieder der reaktionäre Coburger Convent (CC) statt. In diesem Dachverband studentischer Verbindungen sind rund 100 farbentragende und schlagende Landsmannschaften und Turnerschaften zusammengeschlossen. Aus Heidelberg gehören unter anderen die Landsmannschaften Teutonia und Rhenopalatina dem Coburger Convent an. Zur Demo gegen den Coburger Convent erreichte uns ein Flugblatt des Arbeitskreises gegen Konservatismus aus Coburg. -Sabotage

Seit mittlerweile über 130 Jahren fallen jährlich 3000 bis 5000 Korporierte in Coburg ein. Der CC ist eine Vereinigung von Landsmannschaften und Turnerschaften, also studentischer Verbindungen. Er stellt ein Sammelbecken rechtskonservativer und deutschnationaler Kräfte dar. Er steht sowohl mit rechtsextremistischen Organisationen als auch mit dem herrschenden Mainstream - was oft nicht unbedingt ein Widerspruch sein muß - ideologisch und praktisch in Verbindung. So treiben die Korporierten die Festung Europa unter Vorherrschaft der BRD voran - deklariert als Europa der Vaterländer.

Letztes Jahr zeigten die Korporierten ein Werbeplakat mit der Überschrift „Jedem das Seine" ihren Zynismus (dieser Spruch stand über dem Eingang des Konzentrationslagers Buchenwald). Flagge zeigten sie auch, als sie neben anderen bekannten Rechten den rechtsextremistischen Korporierten Lothar Bossle auf einen ihrer Studientage (1999) nach Halle einluden. Dieser Rechtsextremist war zum Beispiel Mitautor der chilenischen Verfassung für die Diktatur des Schlächters Pinochet.

Die Führungsebenen der Industrie sind gefüllt mit Korporierten, auch CClern. Sie sitzen u. a. in den Aufsichtsräten von BASF, Hoechst, BAYER [den Nachfolgefirmen der Verbrecherfirma IG Farben, Anm. d. Red.], Krupp, Allianz Versicherung sowie im Bundesverband der Industrie.

Die Korporierten in der BRD-Regierung, in der Wirtschaft, als Rechtsextremisten und Konservative tragen Mitverantwortung für den Status Quo, das heißt für den Militarismus, das Patriarchat, den staatlichen und gesellschaftlichen Rassismus ...

Unser Verständnis von den Korporierten ist, daß sie vor allem staatstragend sind und auch als solche Staatstragende angegangen werden sollten. Sie sind für das Großdeutschland im Rahmen

DER RECHTE RAND

liefert zweimonatlich antifaschistische Informationen, die vielerorts über Aktivitäten der Rechten gesammelt werden. Er berichtet über militante Neonazigruppen, rechte Wahlparteien, staatlich geförderten Revanchismus und die Grauzone zwischen Faschismus und Konservatismus.

Er versteht sich als Forum für antifaschistische Diskussion und Aktion, er arbeitet strömungsübergreifend.

Wer bis zum 30. Mai den Rechten Rand abonniert, erhält zusätzlich das Sonderheft „Der deutsche Ritt nach Osten".

Für 20,- DM bzw. 25,- DM im Ausland (6 Ausgaben, incl. Porto) kann **DER RECHTE RAND** abonniert werden: **Postfach 1324, 30013 Hannover**

Leseprobe: 3 ältere Hefte: DM 5,-

INFORMATIONEN VON UND FÜR ANTIFASCHISTINNEN
DER RECHTE RAND

der Festung Europa, die gerade am Entstehen ist, verantwortlich. Dem sollte unser entschiedenster Widerstand entgegengesetzt werden.

Die Korporationen bezeichnen sich selbst als Schulen fürs Leben. Historisch und aktuell können wir sehen, wen diese Schulen so alles hervorgebracht haben: Mörder, Schreibtischtäter, vor allem willige Vollstrecker. Also Menschen wie den ehemaligen Nazi-Schergen Hanns-Martin Schleyer (V 1977), den ehemaligen Innenminister Manfred Kanther (CDU), der für die Abschiebung Tausender Flüchtlinge verantwortlich ist, oder Ernst Zimmermann (V 1985), der bei MTU für die Herstellung mörderischer Waffen, wie des Kampfjets Tornado, verantwortlich war.

Dies sind nur drei von vielen.

Wir halten es für wichtig, das martialische Spektakel in Coburg nicht ungestört zu lassen und rufen euch deshalb auf, nach Coburg zu kommen. Am Montag, dem 24.05.1999 wird eine Demonstration stattfinden - es bleibt auch noch genügend Raum für Spontanaktionen. An diesem Montag ist auch der Höhepunkt des CC-Kongresses, der Fackelzug durch die Innenstadt mit anschließender „Feierstunde" auf dem Coburger Marktplatz. Diese Feierstunde gipfelt in einem Zapfenstreich, der unter anderem die militaristische Tradition des CCs darstellen soll.

In dieser Nacht sollten möglichst viele Menschen in Coburg sein, damit die Korporierten ihre „Feierstunde" nicht nur zusammen mit der CC-begeisterten Coburger Bevölkerung verbringen müssen.

Arbeitskreis gegen Konservatismus
Postfach 2704
96416 Coburg

Anmerkung der Redaktion:

Mehr zum Coburger Convent gibt es in der Broschüre „Stützen der Gesellschaft - Elite der Nation - Studentische Verbindungen in Heidelberg" der Autonomen Antifa Heidelberg und des Antifa AK an der Uni HD. Zu beziehen über: Autonome Antifa Heidelberg, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

Demonstration

gegen den Coburger Convent

Montag, 24. Mai 1999
um 15.00 Uhr
am Bahnhofsvorplatz Coburg

Demos & Veranstaltungen

So. 04.04.
Ausstellungseröffnung in Köln

Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944" im Kölnischen Stadtmuseum

»Vom 4. April bis zum 24. Mai 1999 wird in Köln die Ausstellung „**Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944**" im Kölnischen Stadtmuseum zu sehen sein. Bisher fanden an jedem Ausstellungsort Aufmärsche deutscher Neonazis statt, wie zuletzt in Saarbrücken am 20. Februar. In München marschierten im März 1997 sogar nahezu 5000 FaschistInnen. Die Aufmärsche fanden zumeist unter der Federführung der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) und deren Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) unter Beteiligung sogenannter freier oder autonomer Kameradschaften statt. Geschützt von martialischen Polizeiaufgeboten, war es für AntifaschistInnen bisher nicht möglich, die Aufmärsche konsequent zu be- oder gar verhindern. Die JN haben in einer Pressemitteilung eine Demonstration in Köln bereits angekündigt. Dies wäre der erste Aufmarsch von FaschistInnen in Köln seit 1945. [Unter dem Motto »*Gegen einen Nazi-Aufmarsch in Köln - Aktion „Köln stellt sich quer*"« haben sich] Kölner AntifaschistInnen ... zum Ziel gesetzt, das Nazi-Treiben zu verhindern. Sie haben sich im Kölner Aktionsbündnis gegen Nazi-Aufmärsche zusammengeschlossen. Der Bombenanschlag auf die Ausstellung in Saarbrücken am 9. März hat deutlich gezeigt , zu welchen Mitteln die militante Nazi-Szene inzwischen greift, und wie wichtig es ist, dem Treiben der FaschistInnen mit allen Mitteln Einhalt zu gebieten.«

Kontakt:
Kölner Aktionsbündnis gegen Nazi-Aufmärsche
c/o AstA FH Köln-Deutz
Betzdorfer Straße 2
50679 Köln
Tel. 0221/9816711 / Fax 0221/9816799

Fr. 09.04.
Anti-AKW-Frühjahrskonferenz in Heidelberg

Beginn der Frühjahrskonferenz der Anti-AKW-Bewegung in Heidelberg

Dieser Freitag ist der Anreisetag zur Frühjahrskonferenz der Anti-AKW-Bewegung (ab 16.00 Uhr). Ab 18.00 Uhr wird es Abendessen geben, und um 19.00 Uhr beginnt die *Einführung für EinsteigerInnen auf der Bundeskonferenz*. Diese AG richtet sich an Neulinge, die zum ersten Mal an einer BuKo (BundesKonferenz) teilnehmen oder sich noch überhaupt nicht in der Bewegung engagiert haben. Die AG soll EinsteigerInnen Hilfe bei der Orientierung auf der BuKo leisten und die Bedeutung der BuKo für die Bewegung verdeutlichen. Des Weiteren soll über die politische Lage aus unserer Sicht informiert werden. Um 20.30 Uhr wird es dann noch einen Vortrag zum französischen Atomendlager in Bure geben, in deren Anschluß einen offene Diskussion stattfinden kann.

Ankunft: ab 16.00 Uhr, Karlstorbahnhof Heidelberg, Am Karlstor 1, 69117 Heidelberg
(Teilnahmebeitrag für die gesamte Konferenz: 30-50,- DM)

Sa. 10.04.
Anti-AKW-Frühjahrskonferenz in Heidelberg

An diesem Samstag soll nach dem Frühstück um 8.30 Uhr das Eröffnungsplenum zusammenkommen, in dessen Anschluß die Arbeitsgruppen beginnen. Es wird unter anderem folgende AGs geben:

AG Dezentrale Zwischenlager

Im Zuge des Atomkonsenses zwischen Bundesregierung und Stromkonzernen wird beim Atommüllproblem immer mehr auf den Bau standorteigener Zwischenlager gesetzt. Daß dies keineswegs ein Schritt Richtung Ausstieg ist, wie Rot-Grün behauptet, ist der Bewegung nicht erst klar, seit bekannt wurde, daß die erste beantragte Castorhalle beim AKW Lingen eine Kapazität

von 120 Stellplätzen haben und damit Platz Brennelemente aus 30 Reaktorbetriebsjahren bieten soll. Der Sinn der dezentrale Zwischenlagerung ist vielmehr, der Bundesregierung den lästigen Widerstand zu ersparen, der inzwischen mit Castortransporten verbunden ist, und den BetreiberInnen den leisen und widerstandsarmen Weiterbetrieb zu sichern. Aber die bundesweite Bauwelle von Castorhallen bringt auch eine Chance für die Anti-Atom-Bewegung mit sich. Denn jeder Neubau kann einen Aufschwung für die örtlichen Standortinitiativen bedeuten. (...) Die Situation, daß die Initiativen bundesweit an den Standorten mit Castorhallen-Neubauten mit den selben Problemen und Chancen zu tun haben werden, macht es sinnvoll, sich über ein gemeinsames Vorgehen und gemeinsame Argumentationslinien zu verständigen. Damit soll in dieser Arbeitsgruppe begonnen werden. (...)

AG Internationale Vernetzung

Die Aufdeckung des „Castor-Skandals" im letzten Jahr und die aktuelle Diskussion um die WAA-Rücktransporte zeigen die Bedeutung internationaler Vernetzung der Anti-AKW-Bewegungen. Wir müssen eine Grundlage für gemeinsame Positionen schaffen, die dann ein gemeinsames geschlossenes Handeln ermöglichen. Unser Denken darf nicht an nationalen Grenzen enden! Abgesehen von den WAAs in Großbritannien und Frankreich ... geht es um Probleme wie Uranabbau, Export von Atomtechnik und um die eventuelle Lagerung westlichen Atommülls in ärmeren Ländern. Wir hoffen auf viele Teilnehmer aus aller Welt, die diese AG mit direkten Informationen aus ihren Ländern bereichern können.

AG Rücktransporte von den WAAs

Diese Arbeitsgruppe soll sich intensiv mit der Problematik der WAAs in Großbritannien und Frankreich und der Frage des Rücktransportes beschäftigten. Ziel ist, gemeinsame Strategien mit den dortigen Anti-AKW-Bewegungen sowohl im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit als auch für direkte Aktionen zu entwickeln. (...)

AG nächster CASTOR

Der erste Castor-Transport unter rot-grüner Bundesregierung kommt bestimmt - und wir sollten gut darauf vorbereitet sein, um zu zeigen, daß wir hier keinen Konsens mit den Konsensgesprächen haben. Dazu traf sich seit der letzten Bundeskonferenz mehrmals diese AG, aber noch vieles ist zu klären...

AG EU-Gipfel/Weltwirtschaft

Um für den Gegengipfel in Köln Ende Mai Handlungsperspektiven und Einbringungsmöglichkeiten aufzuzeigen und zu entwickeln, sollen in dieser AG die notwendigen Wissensgrundlagen über die Zusammenhänge in der EU, die Einflußnahme der Lobbygruppen, ... die Verflechtung der Interessen zwischen Regierung und Wirtschaft und die Gefahren einer europaweiten Atompolitik (...) erarbeitet werden. Darüber hinaus soll die Diskussion nicht an den Grenzen der EU enden, sondern auch z. B. Osteuropa einschließen.

AG Repression

Auch auf dieser Konferenz trifft sich die Anti-Repressions-AG. Wir beschäftigen uns mit der Repression gegen die Anti-AKW-Bewegung und treffen uns zur Zeit vier Mal im Jahr - zweimal davon auf den Konferenzen. Wir kommen aus 10 verschiedenen Gruppen und Zusammenhängen und arbeiten mehr oder weniger intensiv zu diesem Thema. Interessierte Menschen sind eingeladen, auf dem AG-Treffen vorbeizuschauen. (...)

Die erste AG - Phase dauert bis zum Mittagessen (gegen 12.30 Uhr), die zweite (von 14.30 Uhr an) geht bis etwa 16.30 (dann beginnt die Waffel- und Teepause), und die dritte (ab 17.00 Uhr) endet um 19.00 Uhr. Nach dem Abendessen tragen die Delegierten der AGs die Ergebnisse zusammen. Und dann fängt um 21.00 Uhr die Party zur 100. Ausgabe der *anti atom aktuell* an: mit Stefan Balzter aus Gießen, HIN & WEG aus Oldenburg und der ERSATZKAPELLE aus Dresden.

Beginn der AGs: 10.30 Uhr, Karlstorbahnhof Heidelberg, Am Karlstor 1, 69117 Heidelberg

Sa. 10.04.
Demo in Heidenheim 12.30 Uhr

Antifa-Offensive '99 - Demonstration *„Weg mit dem Naziladen! - Den rechten Vormarsch stoppen!"* in Heidenheim an der Brenz

»Der Ortsgruppenführer des neofaschistischen „**F**reiheitlichen **V**olks **B**locks" (FVB), Jürgen Boer, betreibt in der Wilhelmstraße in Heidenheim/Brenz einen Militärladen namens *„Paddy's Military Shop"*. Pächter dieses Etablissements ist Dirk Plankenhorn, Mitbegründer der 1993 verbotenen „**H**eimattreuen **V**ereinigung **D**eutschlands" (HVD). Der FVB gilt als Nachfolgeorganisation der HVD. In Paddy's Military Shop versucht Jürgen Boer, JungfaschistInnen an sich zu binden und zu schulen. Außerdem gilt der Laden als einer der zentralen Anlaufpunkte für Neonazis aus Baden-Württemberg und Umgebung. Verkauft werden dort neben diversen Waffen und Artikeln aus dem nazistischen *„Donnerversand"* auch Kleidung ehemaliger KZ-Häftlinge und weiteres Nazizubehör.

Dies werden wir nicht länger hinnehmen!«

Beginn: 12.30 Uhr
Elmar-Doch-Haus (Stadtbibliothek)/FußgängerInnenzone
89520 Heidenheim

Organisiert von der Antifaschistischen Aktion Heidenheim

So. 11.04.
Anti-AKW-Frühjahrskonferenz in Heidelberg

Nach dem Frühstück (um 8.30 Uhr) beginnt das Abschlußplenum (Positionsbestimmung und Perspektiven), das wiederum um 12.30 zu Ende gehen soll (Mittagessen). Im Anschluß daran wird es einen vom Hessen-Baden-Plenum organisierten Spaziergang am AKW Biblis geben.

Beginn des Abschlußplenums: 9.30 Uhr, Karlstorbahnhof Heidelberg, Am Karlstor 1, 69117 Heidelberg

Do. 15.04.
Dia-Vortrag im JUZ Mannheim 20.00 Uhr

Dia-Vortrag zum Thema »„Dark Wave" - *Jugendsubkultur zwischen Romantik und SS-Mystik*« im JuZ Mannheim

»Die Dark-Wave-Bewegung, eine sich über Musik, Kleidung und Lebensgefühl definierende Jugendsubkultur, steht im Mittelpunkt dieses Diavortrags. Es geht nicht darum, diese Bewegung als solche zu diffamieren, sondern inhaltliche und organisatorische Einfalltore für rechtes Denken und Handeln in dieser Szene aufzuzeigen. Der Vortrag wird anhand von Musikbeispielen und sogenannten Fanzines einen Einblick in den rechten Teil der Szene und ihre Verbindungen zum Rechtsextremismus darstellen. Nachdem die Rechte lange Zeit außer in der Skinhead-Bewegung keinen Einfluß auf die Jugend hatte, droht hier einen Ideologisierung von Rechts im Sinne der „kulturellen Hegemonie" der sogenannten „Neuen Rechten", welche in der Dark-Wave-Szene gezielt agiert. Es referieren VertreterInnen des *Antifaschistischen Infoblatts* Berlin.«

Beginn: 20.00 Uhr, JuZ Mannheim in Selbstverwaltung „Friedrich Dürr", Neuer Meßplatz, 68070 Mannheim

Veranstaltet vom VEB laut & lästig

Do. 22.04.
Dia- & Video-Vortrag im JUZ MA 20.00 Uhr

Dia- und Video-Vortrag zum Thema „Rechtsrock. Begleitmusik zu Mord und Totschlag" im JuZ Mannheim

»„Rechtsrock", als kulturelles Angebot, als Sprachmittel der sogenannten „Verlierergeneration", als Ausdruck gesellschaftlicher Tristesse und behaftet mit dem Underground-Mythos, hat sich der staatlichen Regulierung weitgehend entzogen und seine Isolation weitgehend aufgebrochen. Neonazistische Skinheadbanden haben sich in manchen Regionen territoriale und politische Freiräume geschaffen, in denen sie faktisch Macht- und Kontrollfunktionen ausüben und darüber in der Lage sind, die Sozialisation von Kindern und Jugendlichen in ihrem Einflußbereich zu prägen.

In ihrem Vortrag zeigen die ReferentInnen [vom *Antifaschistischen Infoblatt* Berlin] die Entwicklung der vergangenen Jahre anhand zahlreicher Beispiele nach. Sie benennen die Strategien und die Netzwerke, die die Infrastruktur dieser neonazistischen Subkultur bilden, und sie beschreiben die politischen und gesellschaftlichen Hintergründe, die dieser Subkultur immer wieder die nötigen Freiräume öffnen und ihr mehr denn je das Gefühl vermitteln, der militante Flügel des „gesunden Volksempfindens" zu sein.«

Beginn: 20.00 Uhr, JuZ Mannheim in Selbstverwaltung „Friedrich Dürr", Neuer Meßplatz, 68070 Mannheim

Veranstaltet vom VEB laut & lästig

Sa. 24.04.
Weltweiter Aktionstag für Mumia

Weltweiter Aktionstag für Mumia Abu-Jamal

Unter dem Motto „*Endorse millions for Mumia*" rufen an diesem Tag, dem Geburtstag Mumias, Hunderte von Mumia Abu-Jamal - UnterstützerInnengruppen zu einem weltweiten Aktionstag für die Freiheit des seit über 18 Jahren inhaftierten Afroamerikaners auf. Der Oberste Gerichtshof von Pennsylvania hat den Antrag auf eine Wiederaufnahme des Verfahrens abgelehnt und so der Unterzeichnung des Hinrichtungsbefehls durch Gouverneur Ridge den Weg frei gemacht. Um diese Hinrichtung zu verhindern, sollen am 24.04. weltweit Menschen auf die Straße gehen. In Philadelphia, der von brutaler, rassistischer, korrupter Polizeigewalt geprägten Stadt, in der Mumia auf seine Hinrichtung wartet, soll die machtvollste Demonstration stattfinden. Hier sollen laut Mobilisierungsflugblatt Zehntausende von Menschen - HipHopKünstlerInnen, internationale Delegationen, (prominente) politische AktivistInnen, StudentInnen, Jugendliche, GewerkschafterInnen, Menschenrechtsorganisationen etc. - eine „powerful mobilization" in Erfüllung gehen lassen, die von Demonstrationen/Kundgebungen rund um die Welt unterstützt wird. Hier in der Gegend soll es in Mannheim eine Kundgebung geben, zu der antirassistische und antirepressive Gruppen aufrufen. Achtet in nächster Zeit auf aktuelle Ankündfigungen. Und vergeßt nicht: Millions for Mumia - Mumia is all for us.

Autonomes Redaktionskollektiv

(Wenn ihr auf dem laufenden gehalten werden wollt, dann könnt ihr euch an folgende Adressen wenden: *International Concerned Family & Friends of Mumia Abu-Jamal*, Box 19709, Phila., PA 19143, Tel: 215-476-8812; Fax: 215-476-7551 • *Millions for Mumia Mobilization*, 39 W. 14 St., # 206, New York, NY 10011, Tel: 212-633-6646 • E-mail: mark.taylor@ptsem.edu • iacenter@iacenter.org • ashcat@earthlink.net • *International Action Center*, 39 West 14 Street, Room 206, New York, NY 10011, Tel: 212-633-6646; Fax: 212-633-2889.)

Sa. 01.05.
Demo in Bremen — **12.00 Uhr**

Antifaschistische Aktionen gegen den geplanten Naziaufmarsch in Bremen

»Im Vorfeld zu den Bremer Bürgerschaftswahlen im Juni wollen die neofaschistische Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) und ihre „Jugendorganisation" Junge Nationaldemokraten (JN) am 01.05.1999 in Bremen marschieren. Zu dem Aufmarsch ... erwartet die NPD nach eigenen Angaben 5.000 Leute. (...) Anmelder des Naziaufmarsches ist der Zweite Vorsitzende der NPD Bremen, Jörg Wrieden aus Bremen-Nord. Seit zwei Jahren versuchen die FaschistInnen... , den Internationalen ArbeiterInnenkampftag für ihre völkisch-nationale und rassistische Propaganda zu mißbrauchen und an diesem Tag bundesweite Naziaufmärsche zu organisieren. Auch das diesjährige Motto des Naziaufmarsches entspricht gänzlich der rassistischen NPD-Ideologie („*Arbeitsplätze zuerst für Deutsche*"). Der Naziaufmarsch in Bremen ist Teil des Wahlkampfes zu den Bremer Bürgerschaftswahlen im Juni, zu denen sich auch die NPD aufstellen läßt. Außerdem erhofft sich die NPD ... eine Stärkung und Bindung der Parteistruktur. Nach Bekanntgabe des Naziaufmarsches und der Route formierte sich bereits breiter Widerstand, um den Nazis am 01.05. nicht die Straße zu überlassen. Ein großes antifaschistisches Bündnis wurde ins Leben gerufen, das die verschiedenen Gruppen und Initiativen aus dem linken und alternativen Spektrum ... umfaßt. Das Bündnis „*Kein Naziaufmarsch in Bremen*" fordert ein Verbot des Naziaufmarsches. Außerdem wird es eine Demonstration am 01.05. geben, und es wird dazu aufgerufen, den Naziaufmarsch zu verhindern. (...) Holger Apfel, Bundesvorsitzender der JN, kündigte - für den Fall eines Verbotes - bereits den Gang durch alle Gerichtsinstanzen an, um den Aufmarsch durchzusetzen. Nach den Erfahrungen des letzten Jahres (01.05.1998 Leipzig: Das Verbot wurde gerichtlich wieder aufgehoben, da auch hier der Aufmarsch als Wahlkampfveranstaltung deklariert war) ist davon auszugehen, daß die Nazis trotz der Forderungen nach einem Verbot des Aufmarsches marschieren dürfen.

All dies läßt nur einen Schluß zu:

Kein Fußbreit den FaschistInnen, weder in Bremen noch anderswo - weder am 01.05 noch an irgendeinem anderen Tag!

Beteiligt euch an den antifaschistischen Gegenaktionen!

Gemeinsam den Naziaufmarsch verhindern!«

Treffpunkt: 12.00 Uhr dort, wo die FaschistInnen sind, danach Programm auf dem antifaschistischen Straßenfest in der Buchtstraße

Organisiert vom
Antifaschistischen Plenum zum 1. Mai

[Anmerkung der Redaktion: Mittlerweile hat das Antifa-Plenum eine *Zeitung gegen den Naziaufmarsch am 1. Mai* ediert, in dem noch einmal genauer nachgelesen werden kann, was die Nazis am *Internationalen Kampftag der ArbeiterInnenklasse* in Bremen suchen wollen, wie der gesellschaftliche und staatliche Rassismus in der BRD um sich greift, wie die rechte Hetze auf der Straße funktioniert und wie dem entgegengetreten werden kann. Außerdem läßt sich dieser Zeitung entnehmen, was um den 1. Mai herum in Bremen so alles los sein wird. (Das Programm aus Nazi-Aufmarschs-Anlaß hat bereits am 28.03.1999 begonnen.) Ihr erreicht das Antifa-Plenum (und damit auch die auf aktuellstem Stand befindliche Zeitung „Null Nazis") über folgende Adressen: Infobüro 1. Mai • St. Pauli Straße 10-12 • 28203 Bremen • Telefon/Fax (04 21) 7 56 82 • Internet: http://www.nadir.org./nullnazis/]

Sa. 01.05.
Demo in Mannheim — **11.30 Uhr**

Revolutionäre 1. Mai-Demonstration 1999 in Mannheim: „*Freut Euch des Lebens*"

Zum dritten Mal in Folge wird es - dieses Jahr unter dem Motto „*Freut Euch des Lebens*" - in Mannheim eine Revolutionäre 1. Mai-Demonstration geben.

(Näheres dazu findet ihr in dieser *Sabo.*)

Treffpunkt: 11:30 Uhr, Paradeplatz, Mannheim

Sa. 01.05.

Demo in Berlin — **18.00 Uhr**

Revolutionäre 1. Mai-Demonstration unter dem Motto „Es gibt keine Alternative zur Revolution" in Berlin

»Auch 1999 wird es am 1. Mai eine revolutionäre Demonstration in Berlin geben, die von einem breiten linksradikalen Bündnis getragen wird. Sie wird [vom O-Platz aus] ... durch Kreuzberg und Neukölln führen. Nachdem es die letzten Jahre zwei getrennte Demos gab, hat sich dieses Jahr die Mehrheit der vorbereitenden Gruppen zu einer gemeinsamen Demo entschlossen. Vor zwölf Jahren ... kam es nach einem Überfall der Polizei auf ein friedliches 1. Mai-Fest zu stundenlangen Straßenkämpfen. Hieran beteiligten sich nicht nur Linksradikale, sondern auch viele KiezbewohnerInnen, insbesondere ImmigrantInnen, also diejenigen, denen es in unserer rassistischen Gesellschaft am beschissensten geht. Der 1. Mai als ein Tag für die Erkämpfung sozialer und politischer Rechte hat nichts von seiner Brisanz verloren. Nach wie vor ist das kapitalistische System ein Alptraum von Massenarmut und Hunger, von unglaublichem Reichtum inmitten unvorstellbaren Elends. In Berlin kommt es im Zuge des Hauptstadtwahns immer mehr zu rassistischen Ausgrenzungen. Wo die Zeitungen früher vom „Drogen-Neger" berichteten, der unsere Jugendlichen vergiftet, ist seit der Verschleppung Abdullah Öcalans die Rede vom „Terror-Kurden", der mit Eisenstangen Jagd auf alte Leute macht. Des Weiteren wird auch immer härter gegen alle vorgegangen, die nicht ins Bild der sauberen Stadt passen. Obdachlose und Junkies werden aus der Innenstadt vertrieben, Graffiti-Künstler und „Schwarz"fahrerInnen müssen mit drakonischen Strafen rechnen. Das werden wir uns nicht länger bieten lassen! SMASH THE SYSTEM! Letztes Jahr verlief der Versuch der NPD, in Leipzig eine Demonstration auf die Beine zu stellen, kläglich. Zwar kamen ca. 3.000 Faschos zum Aufmarschort durch, ihr Aufmarsch wurde allerdings durch entschlossenen und militanten Widerstand von mehreren Tausend AntifaschistInnen verhindert. (...)«

Treffpunkt: 18.00 Uhr, Oranienplatz (Nähe U-Bahn Kottbusser Tor), Berlin

Kontakt: Antifaschistische Aktion Berlin, Engeldamm 68, 10179 Berlin, Telefon (030) 27 56 07 56

SABOTAGE

Die Sabo im Abo!

Ja, ich abonniere die Zeitung *Sabotage* für mindestens fünf Ausgaben.

Kostet pro Ausgabe 2,- DM (inkl. Porto).

Ich bestelle: ☐ 5 Ausgaben/10,- DM
☐ 10 Ausgaben/20,- DM

In Europa plus 1,- DM/Ausgabe!
Mehrere Exemplare auf Anfrage!

Name/Vorname .....

Straße/Nr. .....

PLZ/Ort .....

Den Betrag habe ich bar, in Briefmarken oder als Verrechnungsscheck beigelegt.

Das Abo verlängert sich nicht automatisch. Meine Daten werden vertraulich behandelt und nicht an Dritte weitergegeben. Das Abo kann ich jeder Zeit kündigen und erhalte das Restgeld zurück.

Datum/Unterschrift .....

Bitte einsenden an: Sabotage

Postfach 104520, 69035 Heidelberg

So. 02.05.
Antifa-Treffen in Heidelberg 19.00 Uhr

Offenes Antifa-Treffen *„Planet Antifa“* im Kastra in Heidelberg

»Planet Antifa bietet [einmal im Monat] aktiven Antifas und Menschen, die es werden wollen, die Möglichkeit, sich kennen zu lernen, Infos auszutauschen, Termine zu erfahren, Entwicklungen und Möglichkeiten antifaschistischer Politik zu erörtern und vor allem, in antifaschistische Aktion zu treten. Planet Antifa ist ein offenes Treffen, zu dem jedeR kommen kann; hier kannst du Fragen, Anregungen und Kritik loswerden, und du hast die Möglichkeit, aktiv zur Gestaltung des Treffens beizutragen. Wir freuen uns über Anregungen, Themenvorschläge, Filmtips etc.«

Beginn: 19.00 Uhr, Kastra, Lauerstraße 1 (am Synagogenplatz), 69117 Heidelberg

Organisiert von der Autonomen Antifa Heidelberg und der Antifaschistischen Jugendaktion Heidelberg

Do. 06.05.
Tagung in Heidelberg 11.00 Uhr

Fachtagung zum Thema *„Das Bild des »Zigeuners« in der Kinder- und Jugendliteratur“* im Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma in Heidelberg

»„Zigeunerbilder“ in der Kinder- und Jugendliteratur (KJL) lassen sich in nahezu allen Sparten nachweisen. in Kinderbuch und Jugendroman, Comic und Bildgeschichte. Sie transportieren alte Vorurteile gegenüber der Minderheit der Sinti und Roma, sei es in der Form eines romantischen Klischees oder aber im direkten Ausdruck einer böswilligen Verleumdung. Die Fachtagung will über die gesellschaftliche Konstruktion dieser antiziganistischen Bilder und Klischees aufklären und mithelfen, daß ihre Tradierung unterbrochen wird. Damit soll zugleich einem späteren handfesten Rassismus der Nährboden entzogen werden, denn die in die Kinder- und Jugendbücher eingeschmuggelten Bilder vom „Fremden“ und „Anderen“ enthalten, was mensch mit einem treffenden Ausdruck „das Gift der frühen Jahre“ genannt hat.«

[Auf dieser Fachtagung, die mit einer Lesung Anja Tuckermanns zu Ende geht, wird es unter anderem um die *Darstellung von Minderheiten in der KJL*, das *Bild der Sinti und Roma in der KJL* und den *Völkermord der Sinti und Roma als KJL-Thema* gehen.]

Beginn: 11.00 Uhr, Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma Heidelberg, Bremeneckgasse 2, 69115 Heidelberg

(Tagungsleitung: Antia Awosusi, Frank Maciejewski, Tagungsgebühr: 35,- DM)

Mo. 24.05.
Demo in Coburg 15.00 Uhr

Aktionstag gegen den Coburger Convent und Repression in Coburg

(Näheres dazu in dieser *Sabo.*)
Treffpunkt: 15.00 Uhr,
Bahnhofsvorplatz in Coburg

JUZ MA

Selbstverwaltet Antifaschistisch

Termine im April/Mai

Fr, 09.04.	Spiritual-Night (Gothic-Dark Wave-Industrial-Disco)	22.00 Uhr
Sa, 10.04.	VEB laut & lästig präsentiert: VERSAUTE STIEFKINDER und THE ANNOYED	20.00 Uhr
Do, 15.04.	Freiraum-Café mit VEB-Infoveranstaltung: *FaschistInnen in der Dark Wave- und Black Metal-Szene*	20.00 Uhr
Sa, 17.04.	N.E.W.I.W. vs. Kreislauf - die Mitternachtsdisco im JUZ	23.00 Uhr
Do, 22.04.	Freiraum-Café mit VEB-Infoveranstaltung: *Sogenannte Skinheads: Hammerskins und Blood & Honour*	19.30 Uhr
Fr, 23.04.	bermuda.funk-party mit DJ's des bermuda.funk: techno/house	22.00 Uhr
Do, 29.04.	Billigbiertag	19.30 Uhr
Sa, 01.05.	JUZ-Geburtstags-Konzert mit Überraschungsgästen	20.00 Uhr
Fr, 07.05.	Konzert mit ACROSS THE BORDER u. a.	20.00 Uhr
Sa, 08.05.	VEB laut & lästig präsentiert: Bavarian Night mit WUTENTBRANNT und REVOLTE	20.00 Uhr
Fr, 14.05.	Spiritual-Night (Gothic-Dark Wave-Industrial-Disco)	22.00 Uhr
Mi, 19.05	Hardcore-Konzert mit SHORT HATE, TEMPER und SCALPLOCK	20.00 Uhr

Regelmäßige Termine:

Jeden Dienstag: Vollversammlung ab 19°°
Jeden Donnerstag: Freiraumcafé, Voküab 19°°, Infoladen ab 20°°
Jeden Sonntag: RollenspielerInnen-Treffen ab 13°°

JUZ Mannheim in Selbstverwaltung "Friedrich Dürr"
Neuer Meßplatz Tel./Fax : 0621/305144
Postfach 121965 68070 Mannheim

zusammen kämpfen

DEMONSTRATION

17.00 Uhr - Bauhaus

für ein neues autonomes zentrum in heidelberg

30. April 1999
Heidelberg

19.00 Uhr - Marktplatz

ANTIFA OFFENSIVE 99

STRASSENFEST

zusammen feiern